

Kürzungen stopppen!



Das 30-Milliarden-„Sparpaket“ der rot-grünen Regierung ist nicht das erste. Schon unter Kohl wurden „Sparpakete“ durchgesetzt. Doch die Staatsverschuldung stieg weiter, bald darauf wurden die nächsten Kürzungen verkündet. Die aktuellen Kürzungen werden auch nicht die letzten sein. Die Staatsverschuldung selbst wird dadurch nicht gesenkt, lediglich die Neuverschuldung wird verringert. Die Schulden bleiben, die Zinsen fließen weiter von den öffentlichen Haushalten an die Banken.

Claus Ludwig, Köln

Jede und jeder kennt das: Wenn man mal einen Monat knapp bei Kasse ist, muß man sparen, kann sich nicht alles leisten. Ein oder zwei Monate gespart, und man ist über das Größte hinweg. Doch der Staatshaushalt funktioniert nicht wie die persönliche Haushaltskasse.

Abzüglich der Schulden beträgt das gesamte Vermögen in der Bundesrepublik 14.000.000.000.000 DM (14 Billionen DM). Die Hälfte davon gehört einer kleinen Minderheit von Reichen. Während die öffentlichen Haushalte immer ärmer wurden, obwohl Dienstleistungen gestrichen und Sozialausgaben gesenkt wurden und die ArbeitnehmerInnen immer mehr Steuern und Abgaben zahlten, wurden einige immer reicher. Unternehmer, Aktienbesitzer und gut verdienende Freiberufler haben sich der Finanzierung der öffentlichen Haushalte entzogen. Die Unternehmenssteuern sanken effektiv von 40 Prozent 1980 auf 23 Prozent 1999. Durch legale Steuerschlupflöcher verlieren die Finanzämter jährlich rund 130 Milliarden DM, durch illegale Steuerhinterziehung rund 190 Milliarden DM (alle Zahlen: „metall“, 10/99).

Im Auftrag der Konzerne

Sowohl unter Kohl als auch unter Schröder dienen die „Sparpakete“ nicht dem Sparen, sondern der Umverteilung. Die Unternehmer profitieren davon, daß die ArbeitnehmerInnen auf Staatskosten ausgebildet, auf Kosten der Sozialkassen in Krankenhäusern

wieder arbeitsfähig gemacht werden. Sie wickeln ihre Transporte über Straßen ab, die mit Steuergeldern bezahlt wurden. Das öffentlich finanzierte Gemeinwesen ist die Voraussetzung dafür, daß die Konzerne profitabel produzieren und Dividenden für ihre Aktionäre ausspucken können, aber bitte schön, an der Finanzierung dieser Ausgaben möchten sich die Damen und Herren Kapitalbesitzer nicht beteiligen, das muß die arbeitende Bevölkerung schon selbst machen.

Sie weisen ihren Beauftragten Gerhard Schröder an zu kürzen, wohl wissend, daß die öffentlichen Haushalte immer stärker in die Krise geraten, egal, wie stark die Sozialausgaben zusammengestrichen werden. Die enorme Zinslast, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und das Verschleudern öffentlichen Eigentums durch Privatisierung, was mittelfristig zu höheren öffentlichen Ausgaben führt, garantieren dies.

Rentenkürzung

Die Rentenbeiträge sollen sinken, um ArbeitnehmerInnen und Betriebe zu entlasten, behaupten Politiker aller Parteien und Unternehmer-Funktionäre. Doch egal welches Modell diskutiert wird, ob „Eigenvorsorge“ oder „Tariffonds“, am Ende kommt nur eins heraus: Die abhängig Beschäftigten sollen heute mehr zahlen und werden später eine geringere Rente haben. Die Beitragssenkungen zur Rentenversicherung werden durch Eigenleistungen wieder aufgefressen.

Eine sichere „Rente“ dagegen hat Friedrich Karl Flick. Dieser verkaufte 1986 seine Anteile an Daimler für 5 Milliarden DM. Durch Zinsen sind daraus inzwischen 27 Milliarden DM geworden. Wirklich hart gearbeitet für die Alterssicherung.

Kein Zurück für die SPD

Als Reaktion auf die derben Wahlniederlagen wird jetzt in der SPD die Einführung einer Vermögenssteuer oder -abgabe diskutiert, um die Proteste gegen die unsoziale Politik einzudämmen und nicht so offensichtlich als Partei der zigarrerauchenden Lackaffen dazustehen.

Acht Milliarden DM Steuererleichterung für Unternehmer und 30 Milliarden DM Kürzungen bei Arbeitslosen, RentnerInnen, BeamtenInnen, StudentInnen, Wehrpflichtigen, Zivis, SozialhilfeempfängerInnen

Ist das soziale Gerechtigkeit?

Die Schröder-Getreuen, die Grünen und die Funktionäre der Unternehmerverbände machen ein Geschrei, als würde die Vermögenssteuer einem Umsturz gleichkommen. Dabei würde sie nach allen bisherigen Vorschlägen nur einen kleinen Teil der Steuererleichterungen für die Reichen wieder zurücknehmen. Eine irgendwie geartete Abgabe für Reiche bleibt unwahrscheinlich, die Erfahrung zeigt, daß die Schröder-Regierung nach der Pfeife der Bosse tanzt.

Ob jetzige oder ehemalige Regierungsparteien: Unter dem Deckmantel des Sparens organisieren sie mittels der staatlichen- und Sozialkassen eine gigantische Umverteilung auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Von der SPD eine Kehrtwende zur Arbeitneh-

merpolitik zu erhoffen, wie es die Führung der DGB-Gewerkschaften tut, ist Trümerei.

Die Proteste von Pflegebeschäftigten, Beamten und Mitarbeitern der Stadtwerke in den letzten Wochen haben gezeigt, daß Bereitschaft vorhanden ist, sich zu wehren. Doch die Gewerkschaftsführung hat nur zu vereinzelten Protesten aufgerufen anstatt alle Betroffenen gemeinsam zu mobilisieren. Die Gewerkschaften sind potentiell die wichtigste Opposition gegen die große Koalition der Sozialräuber und reichen Schmarotzer. Sollen bisherigen vereinzelten Demonstrationen schon alles gewesen sein? Bis jetzt kann Schröder arrogant grinsend die Demonstrationen als Randerscheinungen abtun.

Nur durch entschiedenen Widerstand

von unten kann die Bereicherung einer kleinen Minderheit auf unser aller Kosten bekämpft werden.

Es gilt, der Gewerkschaftsführung Druck zu machen, daß der Kampf gegen diese unsoziale Politik gesteigert wird. Der nächste Schritt wäre der Aufruf zu einer gemeinsamen bundesweiten Demonstration. Und, wenn das nicht reicht, muß gestreikt werden.

Auch von der PDS hat bisher niemand konkrete Kampfvorschläge gegen die Kürzungspolitik gehört. Stattdessen beteiligt sie sich, dort wo sie mitregiert, am Sozialabbau.

Parallel zum Kampf gegen Kürzungs- und Umverteilungspolitik muß eine neue Arbeiterpartei aufgebaut werden.

Atomkraftwerke sofort abschalten

Seite 3

Gewerkschaft ver.di: Weniger Kampfkraft Weniger Demokratie

Seite 4

Vor 70 Jahren: Weltwirtschaftskrise und die Folgen

Seiten 6 u. 7

Ist Österreich ein Naziland?

Seite 9

„Das Herz schlägt links“?

Oskar und kein Ende

„Halt's Maul“ hat ihm Günter Grass geraten. Diesen Rat hat Oskar Lafontaine nicht angenommen und mit seiner Buchveröffentlichung „Das Herz schlägt links“ den Zorn der SPD-Führung auf sich gezogen. Doch die Angriffe von SPD-Führern auf die Person Lafontaines sind genauso heuchlerisch, wie die Selbstbeweihräucherung, die er dem Leser und der Leserin in seinem Buch zumutet. Die Attacken der regierenden SPD gegen den zurückgetretenen Finanzminister dienen jedoch vor allem zur Ablenkung von den politischen Fragen, die er in seinem Buch aufwirft.

Sascha Stanicic, Köln

Lafontaine legt den Finger in die Wunde der Bundesregierung und der SPD. Er spricht Millionen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen aus der Seele, wenn er das Sparpaket geißelt oder den Bruch von Wahlversprechen anprangert. Zurecht beklagt er die schier ungebremschte Macht der Wirtschaft und fordert mehr soziale Gerechtigkeit ein.

Doch Oskars Herz mag, wie bei jedem Menschen, auf der linken Seite seines Oberkörpers beheimatet sein, seine politischen Ideen sind alles andere als links. Zu dieser Schlußfolgerung muss man kommen, wenn man unter linker Politik den konsequenten Einsatz für die Rechte, Lebensbedingungen und die Zukunft der Masse der Bevölkerung versteht.

Lafontaine nicht links

Oskar Lafontaine wendet sich gegen den Neoliberalismus und gegen die unkontrollierte Dominanz der Finanzmärkte. Er fordert mehr gesellschaftliche Kontrolle. Er wendet sich aber nicht grundsätzlich gegen die Logik der kapitalistischen Profitwirtschaft, sondern verteidigt klar und deutlich, daß die Unternehmer nach möglichst hohem Profit streben. Er wendet sich zwar auch verbal und allgemein gegen eine weitere Belastung von ArbeitnehmerInnen und Einkommensschwachen, schlägt aber



Lafontaine schwört auch nach seinem Rücktritt weiter auf das kapitalistische Wirtschaftssystem.

keine wirklichen Verbesserungen im Sinne der Masse der Bevölkerung vor.

Anstatt die Folgen von 16 Jahren arbeiterfeindlicher Politik der Kohlregierung wirklich rückgängig machen zu wollen, hat Lafontaine ein paar Mini-Reformen im Angebot. Auch hat sich die SPD-Politik unter Ministerpräsident Lafontaine im Saarland kaum von der Gerhard Schröders in Niedersachsen unterschieden.

In seinem ganzen Buch wird an keiner Stelle die Privatisierungsorgie der letzten Jahre thematisiert. In der Rentenfrage fordert er statt Rente ab 60 ein höheres Renteneinstiegsalter! Seine Vorschläge von Flexibilisierung und Lohnverzicht aus den 80er Jahren verteidigt er.

Profit-Oskar

Lafontaine ist kein Linker. Er ist ein bürgerlicher Politiker, der nur andere Vorstellungen über die Lösung der Krise der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistische Wirtschaft hat, als die zur Zeit vorherrschenden. Lafontaine versteht sich als Keynesianer und bezieht sich in dem Buch mehrmals unter anderem auf Paul Krugman (siehe Buchbesprechung auf Seite 7). Keynesianismus nennt man eine

Wirtschaftspolitik, bei der über eine Erhöhung der Staatsausgaben und Zinssenkungen die Wirtschaft angekurbelt werden soll um Krisen zu überwinden.

Der Keynesianismus hat in der Vergangenheit die Grundwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft nicht aufheben können und wird es in der heutigen Phase kapitalistischer Depression erst recht nicht können. Der Kapitalismus kann die Bedürfnisse der Menschheit nicht befriedigen, weil diese bei den ökonomischen und politischen Entscheidungen keine Rolle spielen, sondern der höchstmögliche Profit für eine kleine Minderheit von Kapitalisten und Großaktionären das Maß aller Dinge ist.

Daran kann und will Lafontaine nicht rütteln. Er kann es nicht, weil er auf der Grundlage bürgerlicher Politik denkt und er will es nicht, weil er im kapitalistischen System ein hervorragendes Auskommen gefunden hat. So hat er für sein Buch vom Econ-Verlag (einer Tochter des Springer-Konzerns!) 800.000 DM Garantiesumme bekommen und, Berichten der ZEIT zufolge, im Vorfeld den kleinen Dietz-Verlag gründlich über den Tisch gezogen.

unser standpunkt

Die Heuchelei hat System

„Es ist abscheulich. Die Lumpen und Verbrecher bringen wahllos Menschen um...“ (Verteidigungsminister Rudolf Scharping). Gemeint ist aber nicht die russische Regierung und deren Krieg gegen die Tschetschenen. Gemeint ist die serbische Armee im Kosovo und das Zitat stammt aus Scharpings Buch „Wir dürfen nicht wegsehen“. In der Tat, es lohnt sich genau hinzusehen, welche Politik diese Regierung macht.

Auf der einen Seite wurden im Krieg gegen Jugoslawien unschuldige Menschen durch NATO-Bomben in den Tod geschickt, angeblich zur Wahrung der Menschenrechte. Gleichzeitig erhält der Folterstaat Türkei Waffen aus Deutschland.

Deutsche Soldaten werden auf die andere Seite der Erde geschickt, angeblich um den Ostmosen zu helfen, die gerade für ihren Kampf für Unabhängigkeit, mit Tod und Vertreibung von indonesischem Militär bestraft wurden.

Gleichzeitig anerkennen die Länder der EU, einschließlich Deutschland, „die territoriale Unversehrtheit der Russischen Föderation“, und wenden sich lediglich gegen „unangemessene Gewalt“ in dem mörderischen Krieg der russischen Regierung gegen das nach Unabhängigkeit strebende Tschetschenien. Außenminister Fischer verteidigte die NATO-Bomben auf Städte in Serbien und Kosovo mit dem Argument es ginge darum, einen neuen Faschismus in Europa zu verhindern. Jetzt da Jelzin zum zweiten Mal das in Tschetschenien tut, was Milosevic im Kosovo getan hat, hört man von Fischer nur gedrechselte Diplomatsätze. Die Heuchelei der deutschen Politik ist so offensichtlich, daß selbst die bürgerliche Presse von Doppelmoral schreiben muß.

Klassengesellschaft

Ursache der unglaublichen Heuchelei von Schröder, Scharping, Fischer ist aber nicht deren persönlicher Charakter. Es ist umgekehrt so, daß Menschen und Parteien, die heute Länder wie Deutschland, (oder USA, Frankreich, Großbritannien...) regieren, charakterlos und Heuchler sein müssen. Sie müssen nämlich ständig so tun, als ob ihre Innen- und Außenpolitik im Interesse der gesamten Bevölkerung, im Interesse der großen Mehrheit der friedliebenden Menschen in der Welt wäre. Ihre Heuchelei in Sachen Men-

schenrechte findet ihre passende Ergänzung in ihrem Betrug in Sachen soziale Gerechtigkeit.

Politik ist immer Interessenpolitik. Wir leben aber in einer Gesellschaft in der es unterschiedliche Klassen mit unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Interessen gibt. Das Interesse der Unternehmer an niedrigen Löhnen steht im Gegensatz zum Interesse der Arbeitenden an höheren Einkommen.

Das Interesse des Imperialismus, die Welt in seinem Profitinteresse auszubeuten, der kapitalistische Konkurrenzkampf um Rohstoffquellen, Märkte, und Einflußgebiete steht im Gegensatz zum Interesse an einem friedlichen Zusammenleben der Menschen und Völker. Im Golfkrieg ging es dem westlichen Imperialismus ums Öl, im Balkankrieg um Stabilität und Einfluß zu seinen Bedingungen, und im Krieg gegen Tschetschenien geht es für den russischen Imperialismus um die Kontrolle über die öl- und rohstoffreiche Kaukasusregion.

Doch jede Regierung muß jedesmal so tun, als ob es um ehre Ziele wie Menschenrechte und Kampf gegen Diktatoren ginge. Die russische Regierung tischt deshalb der Bevölkerung das Märchen vom Kampf gegen Terroristen auf. Wie sehr sich doch die Propaganda gleicht!

Sozialistische Demokratie

Kriege und Krisen sind keine Einzelfälle sondern typisch für den Zustand des kapitalistischen Weltsystems am Ende dieses Jahrhunderts. Kriege und Bürgerkriege in mehreren Ländern Afrikas, der Kampf der Atommächte Indien und Pakistan um Kaschmir, (und Militärputsch in Pakistan), die Nicht-Unterzeichnung des Vertrages über den Stopp von Atombombentests durch den amerikanischen Senat, die riesigen Summen für neue Rüstungsprogramme in vielen Ländern, strafen all diejenigen Lügen, die von der Möglichkeit einer friedlichen kapitalistischen Welt sprechen.

Wer es nicht bei Wut und Empörung über das Elend der Opfer und über die Heuchelei der Herrschenden belassen will, der muß für eine andere Gesellschaft kämpfen. Eine Gesellschaft ohne Klassen, ohne Unterdrückung des Menschen durch den Menschen. Deshalb kämpft die SAV für eine sozialistische Demokratie.

Köln, 24. 10. 99

Arbeitsplätze bei Phoenix verteidigen

„Wir müssen jetzt Druck machen“

Wie VORAN in der letzten Ausgabe berichtete, sollen bei der Phoenix AG in Hamburg-Harburg mindestens 320 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Belegschaft befürchtet eine Salami-Taktik des Vorstandes: scheinbarweise Entlassung der KollegInnen bis zur Schließung des Werkes.

Lucy Redler sprach für VORAN mit Jörn Kroppach, Beschäftigter bei Phoenix und SAV-Mitglied

Wie habt Ihr auf die Entlassungspläne reagiert?

Das erste war eine Protestaktion vor einer SPD-Veranstaltung mit 300 KollegInnen. Wenige Tage später fand dann ein Treffen zur Gründung eines Solidaritätskomitees mit Phoenix-Beschäftigten und Leuten aus dem Stadtteil statt, an dem fast 30 Personen teilnahmen.

Der Druck und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wurden so groß, daß sich auch der Hamburger Senat einschaltete und Vertreter der Politik auf unserer Betriebsversammlung anwesend waren. Der Vorstand traute sich nur, den Saal durch den Hintereingang zu betreten. Die Wut im Betrieb ist wirklich groß. An vielen Stellen im Betrieb hängen selbstgemachte Transparente und Flugblätter. Jeder weiß: Mein Arbeitsplatz kann der nächste sein.

Ein Vorschlag des Komitees ist

eine Demonstration von KollegInnen und Anwohnern im Stadtteil.

Dieser Vorschlag ist doch bestimmt bei Beschäftigten und Betriebsrat gut angekommen?

Im Prinzip sind alle dafür. Leider sieht der Betriebsrat das anders. Er meint, man solle erst nach dem Scheitern der nächsten zwei bis drei Verhandlungsrunden eine Demo machen. Ich finde das falsch. Wenn wir nicht jetzt Druck machen und zeigen, daß die gesamte Belegschaft sich nicht gegeneinander ausspielen läßt, könnten wir verlieren.

Aber nicht nur die Demo wird abgelehnt. Bis vor einigen Tagen hatte der Betriebsrat einen Überstundenboykott verhängt. Das war gut, denn dies hat den Vorstand und die Aktionäre getroffen. Aber leider wurde dieser Boykott inzwischen zurückgenommen, weil der Vorstand zugesagt hat, für die nächsten Wochen keine weiteren Maßnahmen zur Schließung des bedrohten Bereiches zu unternehmen. So naiv darf doch keiner sein, und solche Zusagen glauben.

Wie schätzt du die Perspektiven für einen Erhalt der Arbeitsplätze ein? Wie geht's jetzt weiter?

Wenn der Betriebsrat weiter auf effektiven Widerstand verzichtet, sieht's nicht gut aus. Die



Wut der Kollegen ist da; die Bereitschaft, sich zu wehren ist groß. Würde sich die Gewerkschaft morgen für Streik aussprechen, stünde hier alles still. Wir müssen deshalb versuchen, dem Betriebsrat Dampf zu machen. Die erneute Verweigerung der Überstunden wäre der erste Schritt, eine Demonstration müßte folgen. Auch Unterstützung der anderen Phoenix-Werke müßte organisiert werden. Und für den Fall, daß das alles nicht reicht, muß die Gewerkschaft auch einen Streik einkalkulieren.

Solidaritätserklärungen an die Phoenix-Beschäftigten können an folgende Adresse geschickt werden: Solidaritätskomitee „Phoenix muß in Harburg bleiben“ c/o Michael Schade, Rönneburger Freiheit 11, 21079 Hamburg, email: SoliPhoenix@aol.com

Packt die Regierung in das Sparpaket!

Das fordert die Postgewerkschafts-Jugend Bayern. Wir dokumentieren Auszüge aus ihrem Flugblatt: „Vor den Bundestagswahlen warb Herr Schröder noch um die Stimmen bei den Armen: „Stellen Sie sich vor, Sie müßten von 900, meinetwegen von 1300 Mark im Monat leben, ihre Miete bezahlen, ihren Lebensunterhalt bestreiten, all das, was man so braucht, und Ihnen käme dann jemand und sagte: 'Da geh'n wir jetzt ran!' Wie würden Sie wohl reagieren?“ Mit den Stimmen der Armen wurde Herr Schröder zum Kanzler gewählt. Das Ergebnis? Er bedient die Reichen. ...Die Banken drängen ihrem Staat riesige Kredite auf, für die sie märchenhafte Zinsen kassieren. Der Öffentlichkeit verkauft der Finanzminister diesen Raubzug der Banken unter dem Decknamen „Staatsschulden“. Sie sind auf 2400 Milliarden Mark angewachsen. Dafür mußte das Volk im letzten Jahr 132 Milliarden Mark Zinsen zahlen. ... Die Folge: Es fehlen die Gelder für den staatlichen Wohnungsbau und öffentliche Verkehrsmittel, für Kindergärten und Schulen. Bahn, Post usw. fallen unter den Hammer der „Privatisierung“ und überall fliegen hundertausende Arbeiter auf die Straße, anstatt gesamtgesellschaftlich nützliche Arbeit zu leisten. Das müssen, das können wir ändern. Wir fordern: Keinen Pfennig für Schulden- und Zinstilgung des Staates an die Gläubigerbanken!“

Theater muß sein

So lautet das Motto des Theaters der Stadt Duisburg. Und für Arbeitsplätze setzen sich die Stadtoberen selbstverständlich auch ein # in Worten.

Hinter den Kulissen sieht die Realität so aus: Beim Theater freierwerdende Stellen, auf denen bislang Festangestellte arbeiteten, (Garderobe, Kartenkontrolle, etc.), werden nicht mehr besetzt oder in 630-Mark-Jobs umgewandelt. Die Aushilfskräfte sind in der Regel StudentInnen, die nur jederzeit kündbare Verträge erhalten. Der Stundenlohn beträgt 13 DM und wurde seit drei Jahren nicht erhöht, weil die tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen für die Aushilfskräfte nicht gelten. Da der Lohn so

niedrig ist, werden für immer mehr Tätigkeiten StudentInnen eingesetzt, zum Beispiel für Umräumarbeiten oder für die Pforte # als Urlaubsvertretung für die Festangestellten. Auch für die Nachtwache, (Kontrolle der Fenster, Türen, Räume nach Ende der letzten Vorstellung), werden StudentInnen eingesetzt. Zwar kriegen sie Zulagen, aber dafür muß die Nachtwache alleine durchgeführt werden. Weil die StudentInnen ungern nachts alleine in dem Gebäude sein wollen, machen sie die Nachtwache oft zu zweit und teilen sich den Lohn für eine. Die Anweisung lautet, wenn man etwas Verdächtiges beobachtet oder wenn ein Feuer ausbricht, soll man einen Raum mit Telefon aufsuchen und den Hausmeister anrufen. Leider gibt

es im nur wenige Räume mit Telefonen.

Für die Tätigkeit an der Garderobe und für die Kartenkontrolle erhalten die Aushilfskräfte nur an den zwei Weihnachtstagen und an Silvester doppelten Lohn, an allen anderen Sonn- und Feiertagen werden keine Zuschläge bezahlt. Sie bekommen weder Weihnachts- noch Urlaubsgeld.

Die StudentInnen sind verpflichtet, sich in die Kleider-Ordnung einzufügen, so müssen die Männer in schwarzen Anzug und Krawatte und die Frauen in schwarzen Anzug oder im Kostüm erscheinen, die sie selbst finanzieren müssen.

So sieht Sparpolitik auf dem Rücken der Beschäftigten aus.

Hülya Dilekli, Duisburg

Gegen Stromliberalisierung

Auf dem Strommarkt gibt es gigantische Überkapazitäten. Laut Kölner Stadtanzeiger werden in Nord-Westeuropa pro Jahr mehr als 100 Gigawatt Strom mehr produziert, als benötigt. Das ist mehr als die gesamte deutsche Kraftwerksleistung. Die lebensbedrohenden AKWs könnten sofort abgeschaltet werden, ohne daß irgendwo das Licht ausgeht.

Ursel Beck, Köln

Abgeschaltet werden aber derzeit moderne Anlagen der Stadtwerke, wie z.B. ein Block des umweltfreundlichen Wirbelschicht-Heizkraftwerks der Duisburger Stadtwerke. Diese Stilllegung ist nicht nur ein Schlag gegen die Umwelt sondern auch gegen Arbeitsplätze: 63 Jobs gingen verloren.

Krieg der Atommafia

Nachdem die Atommafia durchgesetzt hat, daß die rot-grüne Bundesregierung den Atom-Ausstieg auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben hat, nutzt sie jetzt die Liberalisierung des Strommarkts um neue Fakten gegen einen Ausstieg zu schaffen. Ihr 74 Milliarden starken Rücklagen nutzen die Kraftwerksbetreiber dabei als Kriegskasse im Konkurrenzkampf der Energieerzeuger.

EU weite Liberalisierung

Das Programm der Europäischen Union heißt Liberalisierung und Deregulierung im Profitinteresse des Kapitals. Auf dem Energiemarkt waren Gebietsmonopole und Schutzbestimmungen nationaler Energiemärkte bisher Profitschranken für die europäischen Energiekonzerne. Also mußten sie fallen. Die Kohl-Regierung hat dabei ganze Arbeit geleistet. Rexroths Energiewirtschaftsgesetz bedeutet die völlige Liberalisierung der Energiemärkte.

Rot-grüner Wahlbetrug

Im Koalitionsvertrag haben sich SPD und Grüne ausdrücklich auf eine Korrektur dieses Gesetzes festgelegt, und „klare rechtliche Regelung und die Schaffung und Sicherung fairer Marktchancen für regenerative und heimische Energien und eine gerechte Verteilung der Kosten dieser zukunftsfähigen Energien“ sowie zur Beseitigung von Hemmnissen, „die heute noch eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien und den breiteren Einsatz der Kraft-Wärme-Koppelung behindern“ versprochen. Davon will die Regierung jetzt nichts mehr wissen. Erst nachdem am 27.9.99 30.000 betroffene Beschäftigte auf die Straße gegangen sind, erklärte sich die Regierung bereit, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die über einen gewissen Schutz der Stadtwerke verhandeln soll.

Preiskrieg nützt Großkunden

Der seit April 1998 in Deutschland freigegebene Strommarkt hat in seiner ersten Phase zu massiven Preissenkungen für Industriekunden geführt, während der Preis für die Normalverbraucher erst mal weiter gestiegen ist. Nach Einschätzung der Vereinigten Deutschen Elektrizitätswerke profitieren die Industrie- bzw. Großkunden 1999 im Vergleich zu 1998 „von einem realen Preisverfall von 37%“, (aktuell 2000). Inzwischen hat die Liberalisierung des Energiemarkts eine neue Phase erreicht. Der Markt ist internationalisiert, Strom wird zum Spekulationsobjekt und der Konkurrenzkrieg tobt. Das europaweite Fusionskarussell der Energiekonzerne, die Entstehung reiner Stromhändlergesellschaften und Strompreissenkungen auch für Privatkunden sind Ausdruck davon.

Normalbevölkerung ist Verlierer

Die Preisnachlässe für Privatkunden sollen den Eindruck vermitteln, daß die Liberalisierung des Energiemarkts für die Normalverbraucher positiv sei. Das Gegenteil ist der Fall. Normalverbraucher haben mit hohen Energiepreisen und Steuern den Aufbau von riesigen Überkapazitäten und völlig überflüssigen Kernkraftwerken finanziert. Jetzt finanzieren wir den den Billigstrom für die Industrie. Das was wir weniger über den Strom bezahlen, bezahlen wir künftig mehr für Fahrkarten bei Bus und Bahn Eintrittskarten bei den Hallenbädern und bei der Ökosteuern. Städtische Energieversorgungsunternehmen haben bisher mit ihren Gewinnen den öffentlichen Nahverkehr, Schwimmbäder und andere kommunale Einrichtungen in einer Größenordnung von 3 Milliarden Mark subventioniert. Durch den Konkurrenzkampf auf dem Energiemarkt geht dieser Zuschuß tendenziell gegen null. Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen werden die Folge sein.

Jobkiller

Die Liberalisierung des Strommarktes ist einer der größten Jobkiller und Lohndrücker in den nächsten Jahren. Bereits in den 90er Jahren wurden bei den Stadtwerken im Vorgriff auf den anstehenden Konkurrenzkampf 40.000 Arbeitsplätze vernichtet und die Kraftwerker per Tarifvertrag von BAT-Regelungen wie dem besonderen Kündigungsschutz abgekoppelt. Bisher gehörten die Stadtwerkbetriebe noch zu den größten Ausbildern. Das wird sich schnell ändern. Seit einigen Jahren gibt es bereits immense Schwierigkeiten bei der Übernahme von Azubis. Insgesamt sind durch die Liberalisierung der Strommärkte weitere 40.000 Arbeitsplätze bei den Stadtwerken bedroht. Die Fusion der Energiekonzerne von Veba und Viag wird 7.800 Arbeitsplätze kosten. Im Osten wurden bereits in

den letzten 10 Jahren 21.000 der 27.000 Kraftwerksjobs vernichtet. Die Westkonzerne, die den Stromversorger Veag voll in der Hand haben, wollen von den noch verbliebenen 6.000 Stellen bis zum Jahr 2004 nochmal 2.000 platt machen. Anders als im Telekommunikationsbereich, in dem als Wachstumsmarkt zumindest vorübergehend bei neuen Anbietern Jobs zu schlechteren Bedingungen entstanden, wird es wegen der Überkapazitäten für die verlorenen Jobs keine neuen geben. Die Kosten für die, auf dem Altar der Profite der Energiekonzerne, geopfert Arbeitsplätze bezahlen nicht die Energiekonzerne, sondern die abhängig Beschäftigten mit Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern. Gleichzeitig werden die Profite der Energiekonzerne und Banken weiter steigen. Die Liberalisierung des Energiemarkts ist ein weiteres Beispiel für Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten. ■

Strom in Überfluß

„Die großen Stromproduzenten bieten ihre Überschüßmengen mit 2,5 bis 4 Pfennig je Kilowattstunde auf den internationalen Märkten an.“

(Fritz Gautier, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Kölner Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, im Gespräch mit dem Kölner Stadtanzeiger vom 8.1.99)



ATOM-TOD-SICHER

Mal wieder gab es einen Unfall in der „absolut sicheren“ Atombranche, diesmal passierte es in der japanischen Uranwiederaufbereitungsanlage Tokaimura. Nach langem Zögern der Regierung bei der wahren Aufklärung zum Unfallhergang wird der Vorfall mittlerweile zum drittschwersten in der Zeit der Atomtechnologien eingestuft. Das bedeutet, nur die Beinahe-Katastrophe von Harrisburg und der tatsächliche GAU von Tschernobyl waren schlimmer, und trotzdem wird das wirkliche Ausmaß geheim gehalten.

Dieser Vorfall kam aber keineswegs überraschend. Schon vor dem Unglück glaubten 68% der Japaner nicht mehr an die Sicherheit ihrer Atomanlagen. Und das nicht unbegründet. Regierungen und Atombefürworter lügen sich in die Tasche, wenn sie versichern, daß Atomkraftwerke absolut sicher sind.

Der Unfall in Japan erinnert daran, daß zu der unüberblickbaren Gefährlichkeit der AKW's noch eine endlos lange Kette kommt, zu der zum Beispiel der Uranabbau, die Aufbereitung, die Atomtransporte, die Nachbereitung und die Zwischen-

und Endlagerung gehört.

Nirgendwo auf der Welt gibt es bis heute eine Endlagerungsstätte. Das heißt, ziellos wird der radioaktive Müll durch die Gegend gekarrt und zwischengelagert. Zu behaupten, deutsche oder europäische Kernkraftwerke seien sicherer als anderer, ist eine reine Farce. Bei den weltweit 400 Atomkraftwerken kann es rein statisch gesehen, alle 10 Jahre einen Super-GAU geben.

Obwohl das Hochtechnologieland Japan in wirtschaftlichen Aspekten so gerne mit Deutschland verglichen wird, will man den Asiaten seltsamerweise im Bezug auf Standards in der Kernenergie meilenweit voraus sein.

Mindestens zwei Stunden hat es gedauert, bis die Anwohner mit Lautsprechern aufgefordert wurden, ihre Häuser zu verlassen, und letztlich waren Militärs und Hilfskräfte mit der Evakuierung Tokaimuras völlig überlastet. Wie würde eine ähnlich Situation in Europa aussehen? Man muss sich nur vorstellen, dass Ähnliches zum Beispiel im Kernkraftwerk Biblis in Hesse geschehen kann! Ob man sich in einer solchen „unerwarteten Situation“ der nötigen Maßnahmen bewußt wäre, um die etwa 2 Millionen Menschen im Umkreis von 50 km zu evakuieren?

Unwahrscheinlich - denn auch hier wird der Ernstfall nicht geprobt - vielleicht mit der gleichen Begründung wie in Japan „...damit die Bevölkerung nicht unnötig beunruhigt wird“.

Atomstrom lohnt nicht

Mit Atomenergie können einzelne viel Kohle scheffeln, vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt lohnt es sich überhaupt nicht. Die fehlende Flexibilität eines Kernkraftwerkes, daß Tag und Nacht die gleiche Strommenge produziert, führt zu enormen Überkapazitäten auf dem Energiemarkt. Die Kosten der Weiterverarbeitung, der Atomtransporte und der Abriss eines AKW's sind gewaltig. In Frankreich beginnt im Oktober die Demontage des französischen Atomkraftwerks Superphénix. Der Abriss des Schnellen Brüters in Creys-Malville in Südostfrankreich wird 5,6 Milliarden DM kosten und frühestens im Jahr 2005 beendet sein.

In Deutschland haben Atomwirtschaft Milliarden an Subventionen aus Steuergeldern bekommen. Würde dies wegfallen und müßten die Betreiber auch für die Folgekosten aufkommen, wie den Schäden für Mensch und Umwelt, würden die Betreiber der AKWs alleine aus Wirtschaftlichkeitsgründen aufgeben.

Ein Grund für die jahrzehntelange Übervorteilung der Atomenergie gegenüber alternativen Energien ist, daß bei der Erzeugung von Atomstrom das Material für die Herstellung von Atombombe anfällt. Als Konsequenz aus der Niederlage Deutschlands im 2. Weltkrieg darf es keine Atomwaffen besitzen oder herstellen. Mit der Atomenergie verschafft man sich das Potential zum Atombombenbau.

Der Unfall in Tokaimura, ändert nichts an den Plänen der Bundesregierung, den Atomausstieg hinauszuschieben.

Die größten Heuchler sind dabei die Grünen, die noch im Bundestagswahlkampf 1998 für „sofortigen Atomausstieg“ plädierten, und jetzt verkünden, dass der Vorfall in Japan kein Grund zum unverzüglichen Ausstieg aus der Atomenergie ist.

Sarah Schaal, Aachen

Ihr da oben ...



Nulltarif

Seit Jahren fordert die SAV Nulltarif im Nahverkehr. „Unbezahlbar“ lautete die Standardantwort. In Berlin wird jetzt endlich der Nulltarif bei Bus und Bahn eingeführt. Die Maßnahme soll dazu bewegen, das Auto stehen zu lassen und umweltfreundlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Schön zu wissen, daß die Politiker der etablierten Parteien lernfähig sind. Schade aber, daß der Nulltarif nur für die Abgeordneten des Bundestages gilt # nur sie bekommen die Jahreskarte der Berliner Verkehrsbetriebe, Preis 541,50 Mark, erstattet.

Die KVB fährt sie hin

Neulich in Köln: Eine Dame, 87 Jahre alt # wie sie später erzählt # möchte mit der Straßenbahn zum Versorgungsamt fahren. Sie ist auf eine Gehhilfe angewiesen. An ihrem Ziel muß sie beim Aussteigen eine Höhendifferenz von ca. einem halben Meter bis hinunter auf den Bahnsteig überwinden. Ein älteres Ehepaar und ich sind ihr behilflich. Der Bahnsteig wird zu beiden Seiten von einer innerstädtischen Schnellstraße eingerahmt. Ein ebenerdiger Übergang existiert nicht, ebensowenig ein Fahrstuhl. Einziger Ausweg ist eine Treppe, die zu einem vier Meter höher gelegenen Fußgängerüberweg führt. Zum Glück kann sie, mit Pausen, einiger Anstrengung und mit unserer Unterstützung, die Treppen hochsteigen. Alleine hätte sie an dieser Haltestelle keine Chance. Die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB), (Motto: Die KVB fährt sie hin), kennen das Problem, schließlich besteht die Haltestelle gut zwanzig Jahre. Genauso alt ist die Forderung nach einer behinderten-gerechten Gestaltung, denn unter den Besuchern des Versorgungsamtes sind viele Gehbehinderte. Schlecht zu Fuß sind auch viele Bewohner des größten Altenheimes in Köln in unmittelbarer Nähe.

Der Aufsichtsrat der KVB unternimmt jährlich „Fachinformationsreisen“ ins Ausland, zum Beispiel drei Tage nach London für ca. 100.000 DM. Der Vorstand muß für ein Gehalt von 300.000 bis 400.000 DM im Jahr pro Nase, soviel leisten, daß er es sich wahrscheinlich nicht leisten kann, sich auch noch Gedanken zu machen, wie Gehbehinderte wieder vom Straßenbahnsteig hinunterkommen.

IKEA

IKEA-Gründer Ingvar Kamprad hat zum Firmenjubiläum seinen weltweit 40.000 Beschäftigten die Tageseinnahmen am Jubiläumstag als Dank für jahrelange Mitarbeit geschenkt. Jede/r erhielt 3.800 DM. Zwar handelt es sich bei den Tageseinnahmen um den Umsatz, (nicht um den Gewinn), aber es läßt doch ahnen, wieviel dieser Mann in einem Monat verdient, wenn er den Beschäftigten mit den Einnahmen von einem Tag einen Monatslohn schenken kann.



... wir hier unten



Am 27. Mai demonstrierten in Berlin 30.000 Beschäftigte deutschen Stadtwerken für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Zum Schutz der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung stand auf einem der Plakate zu lesen: „Auf Billigstrom folgt Euphorie und darauf die Leukämie“.

- Gemeinsamer Kampf von Atomkraftgegnern und den Beschäftigten der Stadtwerke und Kohlekumpels gegen Schließung von umweltfreundlichen städtischen Kraftwerken, Kohlegruben, gegen Strommarktliberalisierung und für Atomausstieg.
- Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- Stop aller Atomtransporte
- Die 74 Milliarden DM Rücklagen der Atomkonzerne müssen zu Finanzierung vom Abriß der AKWs und dann für die Endlagerung eingesetzt werden.
- Kein Import oder Export von Atomstrom
- Alle am Energie- und Atomgeschäft beteiligten Konzerne sind zu enteignen und unter demokratische Kontrolle zu nehmen.
- Nein zur Energiemarktliberalisierung. Stattdessen Aufstellung eines umweltfreundlichen gesamtgesellschaftlichen Energieplans.
- Für ein öffentliches Investitionsprogramm zur Energieeinsparung

„Gerhard wir kommen“

Bundesweite Großdemo für sofortigen Atomausstieg

Am 13. November in Berlin, Beginn 13.30 Uhr am

Brandenburger Tor, Abschlußkundgebung 15.30 Uhr vor der Gedächtniskirche

Zusammenschluß zur Dienstleistungsgewerkschaft

Mit ver.di ins Abseits?

Die DGB-Gewerkschaften ÖTV, HBV, IG Medien und DPG wollen bei ihren Sonderkongressen im November über weitere Schritte für die geplante Fusion entscheiden. Wenn es nach dem Willen der Hauptvorstände geht, wird es ab dem Jahr 2001 eine 3 Millionen Mitglieder starke Dienstleistungsgewerkschaft namens ver.di geben.

Schon heute stellt sich so manches Gewerkschaftsmitglied, beim Blick in die Mitgliederzeitschriften, die Frage, wozu brauche ich eine Gewerkschaft, die mir



Angebote für eine private Altersversorgung ins Haus schickt, anstatt Riester-Rentenkürzungspläne zu Fall zu bringen?

Mitgliederverluste

Der sogenannte „Mitgliedervorteilsservice“ ist eine Antwort der Gewerkschaftsführung auf den rasanten Mitgliederschwund.

Die andere Antwort der Gewerkschaftsführung heißt „ver.di“. Mit der Bildung einer

der Arbeitswelt reagiert werden. Doch ver.di stellt nicht nur eine Gefahr dar, weil die Versiche-

Nordhessische Kreisdelegiertenkonferenz lehnt ver.di ab

Die Betriebsgruppe des Klinikum Kassel brachte einen Antrag auf der Nordhessischen Kreisdelegiertenkonferenz, mit den Forderungen „Stopp der Fusionsverhandlungen“ und „Größtmögliche Einheit der DGB-Gewerkschaften im Kampf“ ein. Um die Delegierten von Ver.di zu überzeugen war extra Jürgen Holz von der ÖTV Hauptverwaltung eingeflogen worden. Doch konnte er mit seinem Referat nicht so richtig überzeugen. In der Diskussion kam erst so richtig Stimmung auf, als wir Vertreterinnen des Klinikum Kassel unseren Antrag gegen die Gewerkschaftsfusion begründeten. Mit unserer Argumentation trafen wir die unausgesprochene Stimmung bei vielen Delegierten. Als sich bei der Abstimmung abzeichnete, daß es eine Mehrheit gegen den Zusammenschluß gibt, konnte es das Präsidium so gar nicht fassen und ließ aus lauter Verzweiflung gleich noch mal abstimmen. Dies änderte allerdings nichts an der Tatsache, daß der Antrag des Klinikums mit 39 zu 35 Stimmen angenommen wurde. Der ÖTV Kreis Kassel bringt somit auf den ÖTV-Sonderkongreß einen Antrag gegen die Fusion ein. Das Beispiel zeigt, daß durch gut vorbereitetes Eingreifen von kritischen Delegierten auch Mehrheiten gefunden werden können.

neuen Großgewerkschaft im Dienstleistungsbereich soll auf die veränderten Bedingungen in

rungsmentalität immer mehr überhand nimmt. Die geplante Fusion ist eine politische Bank-

rotterklärung der Gewerkschaftsführung gegenüber der Politik von Deregulierung und Privatisierung. Sie verteidigt nicht mehr den öffentlichen Dienst. Folgerichtig ist aus ihrer Sicht eine Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes überholt.

Abbau von Demokratie

Die Gewerkschaftsvorstände nutzen die Fusion um die noch verbliebenen Einfluß und Beteiligungsmöglichkeiten der einzelnen Mitglieder weiter einzuschränken. Bei Gewerkschaftstagen und in beschlußfassenden Gremien wird die Zahl der Delegierten für die einzelnen Bereiche viel kleiner sein. Außerdem wird in den verschiedenen Papieren zur zukünftigen Gewerk-



schaftsstruktur deutlich, daß es einen ziemlichen zentralistischen Aufbau geben wird. Durch Kürzungen im Personalkostenbudget werden auf unterer Ebene weniger GewerkschaftssekretärInnen zur Verfügung stehen.

Zersplitterung der Kampfkraft

In der neuen Gewerkschaft sollen die einzelnen Fachbereiche für die Tarifpolitik zuständig sein. Es besteht hier die große Gefahr, daß gewerkschaftliche Kampf- und Durchsetzungskraft verloren geht. Gerade innerhalb der ÖTV war es immer eine Stärke die verschiedenen Bereiche zusammen in die Tarifaus-einandersetzung zu führen. Autonomie der einzelnen Fachbereiche in der Tarifpolitik bei gleichzeitig entscheidender Rolle des Hauptvorstands im Tarifkonflikt birgt die Gefahr weiterer Spaltung und führt schließlich zur Zerschlagung des größten Flä-



chentarifvertrags des Bundesan-gestelltertarifs (BAT).

Die Gründung von ver.di stellt den DGB in Frage, da von ihr große Teile des Organisationsbereich des DGB vertreten werden sollen. Bisher galt unter den DGB-Gewerkschaften „ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ und die Zuständigkeit der Einzelgewerkschaften für ganze Branchen. Damit will ver.di Schluß machen. Unfähig neue Mitglieder zu gewinnen, liefern sich die Gewerkschaften inzwischen einen Konkurrenzkampf um vor-

handene Mitglieder.

Kämpferische Interessensvertretung

Wir brauchen Gewerkschaften, die den Kampf gegen Arbeitsplatzabbau, Privatisierung, Deregulierung, Lohnraub und Sozialabbau konsequent führen. Alle



Gewerkschaftsfunktionäre müssen demokratisch gewählt und jederzeit abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als das durchschnittliche Einkommen der Mitgliedschaft. Die Konkurrenz zwischen Gewerkschaften muß



verschwinden und größtmögliche Einheit aller DGB-Gewerkschaften im Kampf erreicht werden.

Steffi Nitschke, ÖTV-Vertrauensfrau, Kassel

Proteste gegen Sparpaket

Postler aus Dresden, LehrerInnen aus Bremen, Eisenbahner aus Köpenick... Die Demonstration der 75.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, am 19. Oktober in Berlin, war der bislang größte Protest gegen das Sparpaket der rot-grünen Regierung. „Wir werden als Sesselfurzer und faule Säcke beschimpft“, sagte Waltraud Kalinowsky, Justizangestellte aus Hamburg. „Wir arbeiten genauso viel wie andere auch - bloß für viel weniger Geld. Ich bekomme gerade mal 1650 Mark netto raus.“ „Wir wollen Knete sehen“ oder „Was ihr mit uns vorhabt, ist Beschiss“ war auf den Transparenten zu lesen. Nicht nur gegen die drohenden Nullrunden, sondern auch gegen die Abkoppelung der Gehälter der Ostbeschäftigten protestierten die KollegInnen. Feuerwehrleute aus dem Berliner Bezirk Marzahn zeigten an einer ausgefahrenen Feu-

erwehler ein Spruchband mit der Aufschrift: „100 Prozent retten, 86,5 Prozent verdienen - das stinkt zum Himmel.“ Am Stand der SAV wurden in einer Stunde 88 Unterschriften für eine bundesweite Großdemonstration aller Einzelgewerkschaften gemeinsam gesammelt. Immer wenn sich SAV-Mitglieder mit Hilfe eines Megaphons für diese Forderung Gehör verschafften, bildete sich eine Traube vor dem Stand.

Gemeinsame Großdemo

Nachdem in Berlin nicht nur die Beamten, sondern auch die Beschäftigten im Krankenhausbereich und in der Strombranche unabhängig von einander auf die Straße gegangen waren, sahen 90 Prozent der TeilnehmerInnen in einer gemeinsamen Großdemo für alle vom Sparpaket Betroffe-

nen den naheliegenden nächsten Kampfschritt. Vielen war auch klar, daß man die Gewerkschaftsspitze zum Jagen tragen muss. Ein ÖTV-Mitglied aus Bayern kaufte eine Trillerpfeife mit der Bemerkung: „Wir müssen die da oben in der Gewerkschaft zum tanzen bringen.“ 6 KollegInnen trugen sich in die Interessentenliste des „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ ein.

München

Das Netzwerk hat inzwischen eine Musterresolution erarbeitet mit den Forderungen „Schluß mit dem Bündnis für Arbeit mit den Arbeitsplatzvernichtern, Organisation einer gemeinsamen bundesweiten Großdemonstration aller DGB-Gewerkschaften, konsequenter Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft unter Einbeziehung von Streiks“.

In München haben Aktivisten des Euromarsch-Bündnisses die Initiative ergriffen ein stadtweites „größeres gewerkschaftliches Bündnis zusammen mit Arbeitslosen, RentnerInnen u.a. gegen das Sparpaket“ aufzubauen. Die Initiatoren stellen in ihrem Aufruf fest, daß es ein solches Bündnis auch bundesweit geben sollte. Angesichts der Untätigkeit der Gewerkschaftsführung wird auch in Gewerkschaftsgliederungen der Ruf nach effektiver Gegenwehr laut. So fordert z.B. ein Beschluß der IGM-Vertreterversammlung in Aachen „den Vorstand der IG Metall auf, Aktionen einzuleiten, die dazu geeignet sind, massiven Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um eine Änderung in der Politik zu erreichen.“

Aron Amm, Berlin

Innergewerkschaftliche Opposition aufbauen

Die weitere Beteiligung der Gewerkschaften am „Bündnis für Arbeit“ mit den Arbeitsplatzvernichtern und die Passivität gegenüber dem Wahlbetrug der rot-grünen Regierung zeigen erneut, daß die heutigen Gewerkschaftsführer nicht die Interessen der Basis vertreten. Das bestätigt die Notwendigkeit für den Aufbau einer starken innergewerkschaftlichen Opposition. SAV-Mitglieder in der ÖTV haben zusammen mit anderen KollegInnen im Sommer 1996 die Initiative ergriffen für den Aufbau einer Opposition in der ÖTV. Die im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ zusammengeschlossenen kritischen Vertrauensleute, Personalräte, JugendvertreterInnen und GewerkschaftsaktivistInnen haben seither drei Zeitungen herausgebracht, eine ausführliche Gegenposition zur geplanten Fusion erarbeitet, sich mit gemeinsamen Positionen aktiv in Tarifrunden eingemischt, seit 1997 mehrere Lobbys vor Sitzungen der Tarifkommission organisiert, sich aktiv am Euromarsch-Bündnis beteiligt. Das Netzwerk lehnt das „Bündnis für Arbeit“ ab und fordert den vollen Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft gegen Sparpaket, Gesundheitsreform, Sozialkürzungen, Privatisierung und Deregulierung.

Eine Musterresolution kann angefordert werden. Zehn Tage nach dem ÖTV-Sonderkongreß zur Fusion findet am **Samstag, den 27. November das siebte bundesweite Treffen des Netzwerks** statt. Der Sprechertrakt schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. ÖTV-Fusions-Sonderkongress und Konsequenzen für das Netzwerk
 2. Kampf gegen rot-grüne Kürzungen
 3. Tarifrunde 2000
 4. Berichte aus Betrieben und Gewerkschaftsgliederungen
- Nähere Infos über Angelika Teweleit, Tel. (0561) 69646

Seit April diesen Jahres haben sich die Linken aller Gewerkschaften vernetzt. 140 GewerkschafterInnen trafen sich am 15./16. 4.99 zu einem ersten Treffen und gründeten die „Initiative zur Vernetzung linker GewerkschafterInnen“. Das nächste bundesweite Treffen findet am 3. und 4. Dezember in Stuttgart statt. Der Titel des Treffens heißt: „Wir brauchen eine andere Politik - ein Jahr rot-grüne Regierungspolitik - zur Aktualität des politischen Mandats der Gewerkschaften“ Weitere Infos über Heinz-Günter Lang, Tel. (06257) 1468.

Alcatel-Berlin: Besetzung beendet



Die längste Betriebsbesetzung in Berlin seit 30 Jahren erregte bundesweite Aufmerksamkeit

Seit Dienstag, den 19.10., wird im Alcatel-Werk in Berlin-Neukölln wieder gearbeitet, allerdings nur noch bis zum 31.12.99. Die KollegInnen haben das Ende der Werksbesetzung mit nur zwei Gegenstimmen beschlossen. Immerhin haben sie erreicht, daß der Konzern jetzt eine größere Summe - nämlich 18 Millionen DM statt wie vorher nur 2 Millionen DM - zur Verfügung gestellt hat. Von den jetzt noch 170 Arbeitsplätzen sollen 40 für den Versand bleiben. 30 KollegInnen werden in den Vorruhestand gehen. Außerdem

soll für zwei Jahre eine Auffanggesellschaft gebildet werden. Allerdings zeigt die Erfahrung, daß durch Auffanggesellschaften noch nie Arbeitslosigkeit verhindert sondern nur verschoben wurde. 5 Wochen hatten die KollegInnen rund um die Uhr ihr Werk besetzt. In Berlin ist das die längste Besetzung seit 30 Jahren. Sehr viele andere Betriebe, aber auch Schulklassen und Organisationen haben ihre Solidarität mit den Beschäftigten erklärt. Die IG Metall hat jedoch nicht ihre Möglichkeiten genutzt, um den Kampf auszuweiten und

konkrete Soli-Aktionen der anderen Betriebe in Berlin oder der anderen Alcatel-Betriebe in Deutschland zu organisieren.

Die Stimmung im Werk ist gedrückt, wie eine Kollegin erzählte. Sie muß jetzt nach 31 Jahren bei Alcatel in den Vorruhestand. Sie berichtete, daß bei der Abstimmung über das Angebot der Geschäftsleitung, vor allem Gewerkschaftsfunktionäre betont haben, daß nicht mehr zu erreichen sei. Ab nächste Woche gehen die Kündigungen raus und viele werden froh sein, daß sie wenigstens noch zwei Jahre in

der Auffanggesellschaft arbeiten können. Dies wäre ohne den Kampf nicht erreicht worden.

Mit ihrer Kampfbereitschaft hat die Belegschaft andere ermutigt, sich gegen Arbeitsplatzvernichtung zu wehren. Am 21.10. haben 140 KollegInnen vom Bombardier-Drehgestellwerk in Vetschau/Brandenburg ihr Werk wegen der drohenden Schließung für 24 Stunden besetzt. Schon vorher gab es Kontakte zwischen ihnen und den Alcatel-ArbeiterInnen.

Katja Raetz, Berlin

„Wir sind keine Sparschweine!“

Am 7.10.1999 fand in Berlin ein von JRE-Jugend gegen Rassismus in Europa und AktivistInnen verschiedener Schulen organisierter Schülerstreik statt, der sich gegen die massiven Kürzungen im sozialen Bereich wendete. Ausschlaggebend für den Schülerstreik war die in Prenzlauer Berg drohende Schließung von 28 Kinder- und Jugendeinrichtungen in freier Trägerschaft.

Schon zwei Wochen vor dem Streik fand eine Protestaktion vor der BVV (Bezirksverordnetenversammlung) statt, zu der die Freien Träger aufgerufen hatten. Ca. 500 Kinder und Jugendliche brachten lauthals ihren Unmut zum Ausdruck, so stürmten sie den Sitzungssaal und forderten die Politiker, welche erst den Saal räumen lassen wollten, auf, ihnen zuzuhören. In der folgenden Woche sollte der Haushalt abgestimmt werden und wieder trafen sich die Kinder- und Jugendlichen um zu protestieren. Aufgrund der beiden Protestaktionen wurde der Haushalt nicht von

der BVV abgestimmt, was natürlich ein großer Erfolg gleichzeitig nur die halbe Miete ist, da letztendlich die Entscheidung des Senats ausschlaggebend ist. Um Druck auf den Senat auszuüben, rief JRE zum Schülerstreik, in Form einer Demonstration, mit anschließender Kundgebung auf. Wir schafften es ca. 500-600 Leute auf die Strasse zu bringen. Unter den Parolen auf der Demo waren z. B. „Ihr verkürzt unsere Zukunft!“ und „Zehn Millionen für Bonzenkindergarten, Berliner Kinder müssen warten.“ Auf der Kundgebung spielten zwei Bands und es redeten unter anderem Antje Zander, die als Spitzenkandidatin für die SAV zur Wahl antrat, Josi, die aktiv bei JRE und SAV ist, Kurt, der Schulsprecher der Pasteurober-schule, Vivien von JRE, Frank von einer Bürgerinitiative und VertreterInnen der Freien Träger, die sich auch bei der Organisation des Streiks beteiligten. Fragen, die auf den Protesten laut wurden, waren zum Beispiel warum die Politiker uns sagen, es wäre kein Geld da und gleichzeitig Milliarden von Mark in

Prestigeobjekte wie den Potsdamer Platz stecken. Warum baut man einen Kindergarten nur für Bonner Kinder und schließt dafür andere?

Warum schenkt man reichen Großunternehmen wie Daimler Benz Grundstücke am Potsda-

mer Platz? Daß man den Worten der Politiker nicht trauen kann ist spätestens jetzt vielen klar geworden, deswegen hoffen wir, dass die Proteste weitergeführt werden können! Jetzt nach dem Schülerstreik ist es uns vor allem wichtig, nicht aufzugeben. Wir

wollen uns dafür einsetzen, mit den Freien Trägern gemeinsam ein stadtweites Bündnis zu gründen, uns zu vernetzen und weiteren Druck auf den Senat auszuüben!

Nelli Tügel, Berlin

Ein angekündigter politischer Mord!

Der Rundfunkjournalist und Autor, Mumia Abu-Jamal soll am 2. Dezember in Pennsylvania (USA) hingerichtet werden. Dies verkündigte nach erfolgter Unterschrift Tom Ridge, Gouverneur und Schreibtischtäter. Mumia Abu-Jamal war früher Mitglied der Black-Panther-Bewegung und ist bis heute ein Kämpfer gegen die Unterdrückung der Schwarzen in den USA.

Für seine Bemühungen den alltäglichen Rassismus der Polizei in Pennsylvania in die Öffentlichkeit zu bringen, bekam er den Beinamen „voice of the voiceless“ (Stimme der Stimmlosen) und machte sich damit zum Feind von Polizei und FBI. Um mit ihm einen Kämpfer für die Rechte der unterdrückten Schwarzen zum Schweigen zu bringen hängte man ihm 1982 einen Mord an einem Polizisten an. Dabei war in jener Schießerei am 9. Dezember 1981 Mumia Opfer und nicht Täter. Er wurde Zeuge wie mehrere Polizisten seinen jüng-

sten Bruder bei einer Autokontrolle mißhandelten. Noch bevor Mumia zur Hilfe kommen konnte wurde er von einem Polizisten niedergeschossen. Laut Zeugenaussagen wurde der Polizist dann von einer weiteren Person erschossen. Trotz dieser Aussagen, dem Fehlen der Tatwaffe und ständig veränderlichen Aussagen, die Mumia Abu-Jamal belasten sollen, wird er als Mörder angeklagt und verurteilt. Seit 17 Jahren wird Mumia Abu-Jamal gefangen gehalten, doch offensichtlich schrecken seine Feinde auch nicht vor Mord zurück, um Mumia Abu-Jamal endgültig zum Schweigen zu bringen. Seine Hinrichtung wäre ein kaltblütiger, geplanter, staatlich ausgeführter Mord. Schon andere Schwarze die gegen die Herrschenden in Amerika kämpften sind ermordet worden, u.a. Malcolm X und Martin Luther King, doch diesmal bedient sich das weiße Establishment, sogenannter „rechtsstaatlicher Mittel“ um einen politischen Gegner zu töten.

Kristian Lehle, Köln

Filmkritik „Sonnenallee“ von Leander Haußmann Freundliches Porträt der DDR

Bis jetzt hatte der Film 400.000 Zuschauer, davon zwei Drittel Ostdeutsche. Gerade in Berlin sorgt der Film für Polarisierung in den Kinos zwischen denen, die sich ausgelacht fühlen und denen, für die die ganze DDR ein großer Witz ist. Was denkt Ihr darüber? Die Redaktion freut sich über weitere Zuschriften. Dieser Film ist kein politischer Film, der den Stalinismus in der DDR erklärt und einen Ausweg aufzeigt.

Katja Raetz, (23), Ost-Berlin

Für mich ist er in erster Linie ein lustiger Film, der zeigt, daß man auch in der DDR Spaß am Leben haben konnte. Am Anfang gibt es noch viel albernere Klamauk, wie zum Beispiel der Multifunktions-tisch, der MuFuTi., der aber in der DDR von niemandem so genannt wurde. Hier bekam ich schon den Eindruck, daß doch nur die blöden Ossi durch den Kakao gezogen werden sollten. Das war auch offensichtlich das, was sich ein Teil der (wahrscheinlich West-) Kinobesucher dachte, die an jeder Stelle lachten, ohne auf die Feinheiten zu achten. Gegrölt wurde zum Beispiel schon im ersten Kameraschwenk über den almodischen Cassettenrecorder, Plattenspieler oder über die Klamotten. Die Witze waren eigentlich sehr differenziert placiert. Ein Großteil geht auf Kosten der Offiziere und Polizisten. Gerade in der DDR waren Polizistenwitze sehr beliebt und wurden immer wieder weitererzählt. Das erste was mir auffiel, war mit welcher Liebe zum Detail alte „DDR-Produkte“ ausgegraben worden sind: Sei es der Spielplatz, die Limonade oder die Streichhölzer. So ein Fahrrad zum Beispiel, das in einer Anfangsszene am Zaun lehnt, habe ich selbst als Kind gehabt. Natürlich ist das „kurze Ende der Sonnenallee“ (Buchtitel) kein echter Ausschnitt aus der DDR, sondern alles sehr komprimiert und überspitzt worden. Was den Wessis im Kino wohl auch verborgen blieb, waren witzige Anspielungen, wie zum Beispiel auf den DDR- Kultfilm von 1972 „Die Legende von Paul und Paula“. Der Schauspieler Winfried Glatzeder, die damalige Hauptfigur, tauchte sekundenlang in einer ähnlichen Szene im Treppenhaus auf, hatte das gleiche Outfit, wie damals an und im Hintergrund spielte das gleiche Lied von den Puhdys. An der Tür, die er öffnete hing das Namensschild „Paul und Paula.“

Ernsthaft wird es, wenn für Mario klar ist, das aus politischen Gründen von der EOS fliegen nicht komisch ist und für ihn nur noch einen Ausweg läßt. Auch die Wessis bekommen ihr Fett weg. Wenn Onkel Heinz Unterwäsche für den Neffen „schmuggelt“, werden die absurden Vorurteile über den Osten auf die Schippe genommen.

Katharina Thalbach und Henry Hübchen als Eltern von Michael als Eltern mit einer Leichtigkeit, daß es wirklich Spaß macht, ihnen zuzuschauen. In Erinnerung blieb mir aber vor allem die Jugendclique, die mit sehr unterschiedlichen Typen sehr gut besetzt ist.

René Henze, Rostock

Der Film „Sonnenallee“ gibt keine politische Analyse aber er zeigt mit viel Witz das ganz normale Leben im Osten - und er tut das gut.

Wer sich den Film also anschaut, um etwas über den Alltag im Ostblock zu lernen, sollte sich auf jeden Fall einen „Ossi“ mitnehmen, so daß die kleinen Leckerbissen des Streifens nicht verborgen bleiben.

Anfang der 70er in der Ost-Berliner Sonnenallee. Eine Jugendclique lebt in genau an der Mauer und ihr Leben ist auf den ersten Blick weniger geprägt durch die „große Politik“ - sondern mehr durch die erste Liebe und die Suche nach Westmusik. Doch genau da fängt schon die Politik an, denn das System der Stalinisten nimmt die Luft zum Atmen, will alles bürokratisch planen und regeln. So lacht jeder Ossi bei der Szene in der Schuldisko „ja, so war's wirklich“ - aber wie sollen 17jährige akzeptieren, daß westliche „Beat“musik von den Kulturfunktionären als „konterrevolutionär“ verboten wird? Kein Wunder also, daß der Schwarzhandel mit Westplatten floriert.



Antifa-Notizen

Berlin-Prenzlauerberg

Auf dem Nachhauseweg wurde eine Antifa - Aktivistin von vier Nazis umringt, ins Gesicht geschlagen und einer wollte ihr in den Rücken treten. Sie wehrte sich und konnte sich befreien. Zufällig hielt genau in diesem Moment eine Polizeistreife und nahm Anzeige auf. Die Polizistin konnte sich den Kommentar aber nicht verkneifen, „warum man denn als Frau um die Uhrzeit nachts mit einer „linken“ Tasche herumlaufen müsse.“

Naziterror in Schweden

Am 12. Oktober wurde Björn Söderberg, Mitglied der syndikalistischen Gewerkschaft (SAC) von Nazis vor seiner Haustüre erschossen. Dieser hatte sich in seinem Betrieb entschlossen gegen einen Mitarbeiter, den stadtbekanntem Neonazi Robert Westerlund, gestellt. Mit Presse und engagiertem Auftreten erreichte er, daß dieser die Einzelhandels-gewerkschaft verlassen mußte. Die Nazis haben in diesem Jahr eine Reihe von Anschlägen auf dem Gewissen. Im Mai wurden bei einem Banküberfall zwei Polizisten von Nazis erschossen. Im Juni wurde eine Immigrantenfamilie überfallen. Ein Journalist, der viele Artikel über Neonazis geschrieben hatte, wäre mit seinem Sohn beinahe durch eine Autobombe getötet worden. Am Samstag dem 23. Oktober gab es eine antifaschistische Gegendemonstration mit 20.000 TeilnehmerInnen und weiteren 20.000 in 19 anderen Städten. Mitglieder unserer Schwesterpartei „Sozialistische Gerechtigkeitspartei“ verkauften alleine in Stockholm 700 Zeitungen. Die Forderung nach einem einstündigen Generalsstreik gegen den Nazi-Terrorismus verbunden mit Informations-Versammlungen in den Betrieben wurde sehr positiv aufgenommen. In einigen Orten bekamen wir Resonanz in Presse oder TV. 51 unserer Mitglieder stehen auf der schwarzen Liste der Faschisten.

Es ist auch keineswegs überspitzt auf welch lustige Weise der Film die faszinierende Wirkung eines Telefonapparates darstellt - der Besitz eines solchen war in der DDR schon ein Privileg.

Den besonderen Charme des Filmes werden aber wahrscheinlich nur ehemalige DDRlerInnen verspüren. So ist es kein Zufall, daß die Dresdener FDJler so begeistert vom Empfang des „Westfernsehens“ in Ostberlin sind, daß sie sogar noch das Testbild sehen. Ganz im Gegenteil - es ist eine Anspielung auf das „Tal der Ahnungslosen“, wie Dresden genannt wurde, denn aufgrund der geografischen Lage war dort wirklich kein „Westfernsehen“ zu sehen.

Ein bißchen Genugtuung, daß niemand aus dem „Arbeiter und Bauernstaat“ gestorben ist - trotz Asbest in der Wand und Amalgan-Zahnfüllungen. Statt dessen rafft es den Westonkel dahin - und seine Urne wird von den Verwandten in den Osten geschmuggelt - dorthin, wo er noch „nicht mal begraben sein“ wollte.

(Der Autor wuchs auf im ehemaligen Ost-Berlin)

Zur Gefahrenabwehr in den Knast

Am 22. Mai hatten die Nazis geplant, zum ersten Mal seit 50 Jahren, in Köln aufzumarschieren. Daraufhin hat sich in Köln ein Bündnis antifaschistischer Gruppen unter dem Motto „Köln stellt sich Quer“ gegründet, um den Naziaufmarsch zu verhindern.

Ein voller Erfolg - Es gelang den aus ganz Deutschland angereisten Nazis nicht vom Sammelpunkt wegzukommen, zum „Willkommensgruß“ hatten sich AntifaschistInnen und andere Kölner mit Tomaten, Eiern und Mehl bewaffnet und die Faschisten zum Rückzug gezwungen. Die Nazidemo war nicht nur eine Niederlage für die Nazis, sondern auch für die Polizei, da es ihr mit 10.000 Kräften nicht gelungen war, die AntifaschistInnen daran zu hindern, in kleinen Gruppen zum Aufmarschplatz der Nazis zu gelangen.

Am 2. Oktober versuchten die Nazis eine Neuauflage der Demo. Die Polizei hat ihre Lehren aus dem 22. Mai gezogen und war bestens vorbereitet, eine weitere Blamage zu verhindern. So war es diesmal unmöglich, nach der offiziellen antifaschistischen Gegendemonstration zum Sammelpunkt der Nazis zu kommen oder den Nazis den Weg zu versperren, weil alle Straßen durch Ab-sperrgitter blockiert wurden. Die Nazis konnten ungehindert durch die Straßen ziehen. Allerdings in einem Karré hinter Gittern. Damit noch nicht genug...

Als ich mit anderen GenossInnen der SAV versucht habe, per U-Bahn zum Sammelpunkt der Nazis zu gelangen, musste ich feststellen, dass allein der Versuch U-Bahn zu fahren ausreicht, um als Störer bezeichnet zu werden, durchsucht zu werden, als sei man ein Schwerverbrecher und zu guter letzt mit der Begründung der Gefahrenabwehr in den Knast zu wandern. Wir AntifaschistInnen sind also in den Augen der Polizei die Gefahr, nicht etwa die Nazis. Wir, Mitglieder der SAV und andere AntifaschistInnen sind die Gefahr... während etwa zur gleichen Zeit an einem anderen Ort in Köln folgendes stattfindet: Vor AntifaschistInnen flüchtend stürmen Nazis einen Bus und befehlen dem Fahrer abzufahren. Dieser erklärt, er nehme keine Nazis in seinem Bus mit. Was passiert? Einer der Nazis zieht seine Gasknarre - und drückt direkt vor dem Gesicht des Busfahrers ab. ...aber wir sind ja die Gefahr.

Wie verhält sich die Polizei? Sie verhält sich eigentlich gar nicht, denn erst nachdem jemand von uns den Busfahrer notdürftig versorgt hatte, bequemte sich einer der Polizisten zu fragen, ob ein Krankenwagen benötigt werde.

Zurück zur wirklichen Gefahr: Während wir etwa eine Stunde von der Polizei festgehalten wurden, bevor wir nach Brühl in den Knast abtransportiert wurden, zog die Faschidemo an uns vorbei. Als jemand von uns vor Wut eine Packung Taschentücher auf den Boden schmiss, wurde er direkt überwältigt und in Handschellen gelegt. ...wir sind ja die Gefahr.

In Brühl angekommen, konnten wir erleben, was Schikane und Einschüchterung bedeutet. Auf einem riesigen Polizeigelände durften wir nur in Begleitung von zwei Polizisten die 10 Meter Entfernung bis zur Toilette zurücklegen und auf keinen Fall die Tür hinter uns abschließen. ... wir sind ja die Gefahr. Auf unsere Frage, wann wir den Ort des Grauens wieder verlassen dürften, wurde uns geantwortet: „Sobald alle Störer aus Köln verschwunden sind.“ Damit waren alle AntifaschistInnen gemeint, denn wir sind ja die Gefahr.

Zurück in Aachen, konnten wir erfahren, dass die Verhaftung nicht zufällig geschah. AntifaschistInnen berichteten, dass wir nicht per Zufall verhaftet wurden, über Polizeifunk sei schon während der Demo mehrmals durchgegeben worden, die SAV im Auge zu behalten - denn wir sind ja die Gefahr...Die Verhaftung hatte somit politischen Charakter und sollte dazu dienen, uns einzuschüchtern. Das ist jedoch nicht gelungen. Unsere Entschlossenheit, uns den Nazis in den Weg zu stellen und dazu beizutragen eine schlagkräftige Antifabewegung aufzubauen ist seit diesem Tag nur noch größer geworden.

Tanja, Aachen

Vor 70
Jahren:

Börsenkrach 1929 und Beginn

Der schwarze Freitag am 25. Oktober 1929 an der New Yorker Börse leitete die schwerste Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein. Konkurse, Bankenpleiten, Massenarbeitslosigkeit und Verarmung weiter Schichten der Bevölkerung, schwere soziale und politische Krisen waren die Folge.

Wie kam es zu dem Crash? Könnte so etwas heute nochmal passieren? **Angela Bankert** blickt zurück auf ein Ereignis, das die Welt erschütterte

Die Zeitspanne vor dem großen Krach nannte man die Goldene 20er Jahre, wengleich sie nicht überall und für alle so golden waren. Einen starken Aufschwung gab es insbesondere in den USA, die aus dem I. Weltkrieg als größ-

ten des Kapitals betrieben. Reparationszahlungen und beginnende Wiederaufrüstung belasteten den Haushalt, dessen Ausgleich von Konservativen wie internationalen Geldgebern gefordert wurde. Bereits im Frühjahr 1929 schwächte

Reserven gab es den umfassendsten Versuch der Krisenbewältigung mit der Politik des sogenannten New Deal (neuer Gesellschaftsvertrag) unter Präsident Roosevelt. Roosevelts Maßnahmen bestanden zunächst vor allem darin, bewußt inflationäre Tendenzen herbeizuführen, um die Schuldenlast zu senken und die Produktion bei steigenden Preisen wieder profitabler zu machen. Die Agrarpreise wurden staatlich festgesetzt, untermauert durch Prämien für brachgelegte Anbauflächen und Subventionierung der Landwirtschaft. Die Kartellbildung wurde gefördert. Das Kreditssystem wurde vor dem Zusammenbruch bewahrt, indem eine staatliche Garantie der Einlagen gegeben wurde.

Weitergehende staatliche Eingriffe, besonders eine Senkung der Wochenarbeitszeit und Festlegung von Mindestlöhnen, waren im Land des „freien Kapita-

larisierten sich in gemäßigte und radikale Kräfte, und die radikaleren Gewerkschaftsströmungen erhielt Zulauf.

Der Gouverneur von Louisiana, Long, griff die Stimmung auf und besteuerte die Reichen stärker, um damit staatliche Ausgabenprogramme, besonders für die Farmer, zu finanzieren. Er propagierte die Umverteilung zu Lasten der Reichen, gründete einen „Verein zur Teilung des Reichtums“ und wurde damit so populär, daß er als aussichtsreicher Kandidat für die Präsidentschaft gegen Roosevelt gehandelt wurde. (Er wurde übrigens im September 1936 ermordet...)

Erst unter diesem Eindruck ging auch Roosevelt zu Maßnahmen über, die später der populärere Teil des New Deal werden sollten: gesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen und gewerkschaftlichen Rechten, die Einführung der Sozi-

sung. Nach einem kurzen und labilen internationalen Aufschwung zeichnete sich Ende der 30er Jahre erneut die nächste Krise ab, der letztlich mit fieberhafter Aufrüstung, Krieg und Kampf um die Neuauftellung der wirtschaftlichen und politischen Einflußgebiete begegnet wurde.

Tiefere Ursachen

Die tieferen Ursachen der Weltwirtschaftskrise lagen nicht nur einfach in „falscher“ Politik begründet, sondern im kapitalistischen System selbst. Seit vor dem ersten Weltkrieg war das System in eine grundlegende Krise geraten, weil die Produktionsmöglichkeiten bei weitem die Grenzen des Systems gesprengt hatten. Die inneren Widersprüche, die sich aus dem Konkurrenz- und Profitmechanismus ergeben, führen immer wieder zu Überproduktion, vor allem zu

Kapitalismus am Abgrund

te Wirtschafts- und Militärmacht hervorging und nicht von Kriegsfolgen belastet war. Konnten sich noch 1919 nur Reiche ein Automobil leisten, so gab es schon 1926 in vielen Durchschnittsfamilien ein Auto. In den 20er Jahren wurden langlebige Konsumgüter für breitere Schichten erschwinglich. Kauf auf Pump, ob Haushaltsgeräte, Autos aber auch Immobilien und Aktien, wurde erstmals zu einer Massenerscheinung. Dies heizte wiederum die Investitionen an, in der Hoffnung auf ständig expandierende Märkte. US-Kapital wurde außerdem in alle Welt exportiert, investiert und verliehen.

Ende der 20er zeichneten sich in den USA deutlich Überkapazitäten ab - damals noch in Form von Überproduktion auf Halde - besonders in der Automobilindustrie, bei Haushaltsgeräten, in der Bau- und Landwirtschaft. Absatz und Gewinne der Unternehmen gingen zurück, doch die Börse boomte zunächst unverdrossen weiter. Es entwickelte sich eine Spekulationsblase, die Aktienkurse lösten sich immer weiter von den ihnen zugrunde liegenden realwirtschaftlichen Daten - ähnlich wie in Japan Ende der 80er Jahre und vor der Südostasienkrise vor zwei Jahren.

Deutschland

In Deutschland gab es nach der Niederlage der revolutionären Bewegung am Ende des I. Weltkriegs, nach Inflation und Lockerung der Bedingungen zur Reparaturzahlungen an die Siegermächte, eine prekäre Stabilisierung des Kapitalismus. Im Konjunkturaufschwung der 20er Jahre setzte eine gewisse Modernisierung der Industrie ein. Investitionen wie auch der aufstrebende Wohnungsbau wurden vor allem durch US-Kapital finanziert. Um diesen Zufluß zu erhalten, wurde Hochzinspolitik zum Anlok-

sich die Konjunktur merklich ab. Im Dezember 1929 legte der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI, Vorgänger des BDI) eine Denkschrift vor, in der von der SPD-geführten Großen Koalition u.a. gefordert wurde: Steuererleichterungen für die Industrie, Privatisierung öffentlicher Betriebe, Entlastung des Haushalts von sozialen Ausgaben, Anhebung der indirekten Besteuerung (= Massenverbrauchsteuern).

Die heutige neoliberale Politik heißt deshalb „neo“, weil sie eine Wiederaufnahme der klassischen wirtschaftsliberalen Politik vor der Weltwirtschaftskrise ist. Staatliche Eingriffe waren verpönt, man glaubte an die Selbstheilungskräfte des Marktes. Geldwertstabilität, feste Wechselkurse und Goldstandard - wichtig für die Geldbesitzer und das internationale Leihkapital - hatten oberste Priorität in den zentralen Industrieländern. Ausgeglichene Haushalte und Sparpolitik, zu Lasten der Masse der Bevölkerung, verschärfte den einsetzenden wirtschaftlichen Abschwung zusätzlich.

USA: New Deal

Die Regierungen und Politiker standen der Wucht der Krise und der Anarchie des Marktes völlig hilflos gegenüber. Geprägt durch die wirtschaftsliberale Doktrin verschärfte manche Maßnahmen die Krise sogar noch, wie das Festhalten an der Goldwährung oder Sparhaushalte wie unter den Notverordnungen des deutschen Reichskanzlers Brüning. Doch die Tiefe der Krise ließ keine andere Wahl als massive staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, ohne die das ganze System völlig zusammengebrochen wäre, da auch große Konzerne und Banken erfaßt waren. Es wurde zunehmend unmöglich, den zerstörerischen Marktkräften weiter freien Lauf zu lassen.

In den USA als Land mit den meisten



Klassenkampf: „Entwaffnet die reichen Bauern oder bewaffnet die Arbeiter zur Selbstverteidigung“ forderten die kalifornischen Landarbeiter, die während ihrer Streiks im Jahre 1933 brutalen Übergriffen ausgesetzt waren.

lismus“ Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse. Inzwischen waren die Unruhen in der Bevölkerung und besonders die Radikalisierung in der Arbeiterschaft unübersehbar geworden. Es gab Sitzblockaden und Streiks in der Autoindustrie. In San Francisco fand im Juni 1934 ein viertägiger erfolgreicher Generalstreik statt. Die Gewerkschaften po-

alversicherung, Erhebung einer Erbschaftssteuer von den Reichen, Subventionierung der Farmer, öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme. Mit dieser Politik gelang seine Wiederwahl mit einem erdrutschartigen Wahlsieg und zumindest zeitweilige Tendenzen zur wirtschaftlichen Erholung, wengleich diese auch zusammenfielen mit einer allgemeinen ökonomischen Belebung nach Jahren der Krise und Wertevernichtung.

Die Politik des New Deal wurde in Ansätzen auch von anderen Staaten, z.B. Frankreich, aufgegriffen. Doch in diesem Ausmaß konnte sie sich nur die relativ reichste Nation USA leisten.

Zu den Akten gelegt wurde aber überall die Politik des Wirtschaftsliberalismus. Überall gab es staatliche Eingriffe, wengleich alle auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und einen wachsenden Anteil der Staatsquote am Sozialprodukt. Kombiniert mit gewissen sozialen Wohltaten wurden diese nur, wo und wenn es eine starke Arbeiterbewegung und heftige Klassenkämpfe gab. In Deutschland griff der Faschismus zwar die massive staatliche Regulierung auf, die jedoch einherging mit der Vernichtung der organisierten Arbeiterbewegung, mit der Versklavung der einheimischen Arbeitskräfte und später der Bevölkerung in den eroberten Gebieten.

Doch auch diese Politik brachte letztlich nur einen Aufschub und keine Lö-

Überproduktion von Kapital, das keine ausreichend profitablen Verwertungsmöglichkeiten mehr findet. Doch die profitable Verwertung von Kapital, nicht die Befriedigung von Bedürfnissen, ist der einzige Motor des Kapitalismus. Der Börsenkrach fiel in die abflauende Konjunktur Ende der 20er und brachte die strukturellen Probleme nur zum Vorschein. Gelöst wurde die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre durch keine Wirtschaftspolitik. Denn die grundlegenden Widersprüche und krisenhaften Erscheinungen des Kapitalismus blieben bestehen. Der Liberalismus verschärfte sie, der Keynesianismus führte zur zeitweiligen Abmilderung und zum Aufschub. „Gelöst“ wurde die Krise durch Krieg, Faschismus und Diktatur.

Die Geschichte wiederholt sich nicht einfach. Aber heute haben sich alle Faktoren für eine globale Krise aufgebaut: Überproduktion, spekulativ aufgeblähte Aktienmärkte, deflationäre Tendenzen. In manchen Regionen, Asien, Rußland, Lateinamerika, haben sie schon zu Wirtschaftskrisen mit einem dramatischen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut geführt. In anderen brodeln sie noch unter der Oberfläche.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist unheilbar krank. Es muß durch eine demokratisch geplante Wirtschaftsordnung, durch eine sozialistische Demokratie ersetzt werden.

Die Lage der Arbeiterklasse

Von Herbst 1929 bis Sommer 1930 stieg die Arbeitslosigkeit in den USA von 1 auf 4 Millionen, 1933 gab es 14 Millionen Arbeitslose und weitere Millionen Kurzarbeiter. In Großbritannien waren 1931 6-8 Millionen arbeitslos. In Deutschland schwoll das Arbeitslosenheer auf bis zu 6,3 Millionen an. Hinzu kamen aber weitere Millionen von Unterbeschäftigten. Nach gewerkschaftlichen Angaben gab es in Deutschland 1932 gemessen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (ohne Beamte) nur noch 33,6% Vollbeschäftigte; 22,6% arbeiteten kurz und 43,8% waren ganz arbeitslos. Viele erhielten kaum oder gar keine Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung wurde in der Krise mehrfach nach Anspruch und Umfang gekürzt, so daß in Deutschland 1932 etwa 50% der Arbeitslosen ganz aus der Arbeitslosenversicherung herausfielen.

Auch die Einkommen derer, die noch Beschäftigung hatten, wurden massiv abgesenkt. Zu Beginn wurden übertarifliche Löhne und Zuschläge abgebaut. Die Steuern und Abzüge wurden für die Masse immer wieder erhöht: So wur-

den Sozialabgaben erhöht, eine Krisensteuer von 1% eingeführt, oder gar eine „Eheshandhilfe“ erhoben, eine Zusatzsteuer für Ledige. Schließlich wurden auch die Tariflöhne abgesenkt und Beamtengehälter gekürzt. Trotz Verfall der Preise ergab dies eine drastische Senkung der Reallöhne. Diese fiel in den verschiedenen Branchen unterschiedlich stark aus, im Durchschnitt betrug sie in Deutschland -26%. Die ausgezahlte Lohn- und Gehaltssumme für Arbeiter, Angestellte und Beamte lag im Jahr 1929 noch bei 44,5 Milliarden Mark. Im 1. Halbjahr 1933 war sie auf 12,4 Milliarden Mark gefallen.

In den USA sank die Lohnsumme für Fabrikarbeiter auf 40% des Standes von 1925.

Parallel wurden verstärkt Elemente der Zwangsarbeit eingeführt, besonders gegenüber Jugendlichen, indem man sie z.B. zu Hungerlöhnen in öffentliche Arbeitsdienste steckte oder an Bauern zuwies.

Armut und Hunger grassierten, die Suppenküchen hatten Hochkonjunktur.

Ann der Weltwirtschaftskrise

Die Krise

Am 25. Oktober 1929 krachte es an der New Yorker Wall Street. An diesem Tag wurden 25 Milliarden Dollar ausradiert. Dies war der Auslöser der folgenden Depression.

Die Industrieproduktion ging in den kapitalistischen Ländern von 1929 bis 33 im Durchschnitt um 40% zurück. In Deutschland sank sie auf 58% des Standes von 1928. Noch drastischer sank in vielen Industrieländern die Auslastung der Produktionskapazitäten, in Deutschland stand sie 1932 bei nur noch 35%.

Entsprechend brachen die Gewinne der Unternehmen ein. In den USA betrugen sie 1932 nur noch 7% des Standes von 1928. In Deutschland ging die Summe der Unternehmensgewinne von 315 Millionen Mark (1929) auf 73 Millionen Mark (1932) zurück.

Die Aktienkurse an den wichtigsten internationalen Börsen brachen zwischen 40% und 70% ein. Der Dow-Jones-Index, der seit März 1926 bis zum September 1929 von 135 Punkten auf 381 Punkte geklettert war, dümpelte auf seinem Tiefstand im Juli 1932 nur noch bei 41 Punkten. In den USA gingen zwischen 1930 und 33 rund 5.000 Banken pleite, 15% aller Einlagen wurden vernichtet. Das gesamte nationale und internationale Finanzsystem geriet aus den Fugen. Großbanken kamen ins Trudeln und wurden staatlicherseits unterstützt, wie die Dresdner Bank in Deutschland und die Wiener Creditanstalt in Österreich.

Deflation

Eine Begleiterscheinung der Krise war ein drastischer Verfall aller Preise (Deflation), der schon zuvor eingesetzt hatte. Die Preise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse waren schon vor dem Börsenkrach stark rückläufig - auch ein Symptom der Überproduktion.

Neu war allerdings das Ausmaß. In den vorhergehenden zyklischen Krisen, durch die sich der Kapitalismus seit seinem Bestehen immer wieder bewegt, waren die Preise um etwa 10% gesunken, um im anschließenden Aufschwung wieder anzuziehen. Dieses Mal hielt der Preisverfall über Jahre an und erfaßte alle Bereiche. In Deutschland sanken die Großhandelspreise zwischen 1929 und 33 um 32%, in Frankreich um 36%, in den USA und GB um 31%.

Der Preisverfall, bedingt durch Überproduktion, bewirkte die Krise

des Kreditsystems, denn der Schuldendienst mußte aus verminderten Profiten gezahlt werden. Dies löste die Welle von Konkursen aus, die schließlich auch Großindustrie und Banken erfaßte. Die „normalen“ Absurditäten des Kapitalismus steigerten sich zum Wahnsinn. Während Millionen arbeitslos waren, gab es andererseits Überstunden und Kinderarbeit. Während millionenfach Menschen verarmten und hungerten, wurden wegen der Absatzkrise gleichzeitig Lebensmittel vernichtet. In den USA wurde 1933 ein Viertel der Baumwollernte unter den Boden gepflügt; in Brasilien mit 10 Mio. Sack Kaffee der jährliche Weltbedarf ins Meer geworfen oder verbrannt.

Welthandel bricht zusammen

Gab es vor der Krise einen integrierten Weltmarkt, wenn auch nicht ganz so eng verflochten wie heute, so wurden die internationalen Wirtschaftsbeziehungen durch die Krise gründlich zerrüttet und kamen teilweise ganz zum Erliegen.

Gedrückt von der Last der inneren und äußeren Schulden, konnten viele Länder ihren internationalen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Als erste stellten kolonial beherrschte Länder in Osteuropa, Asien und Lateinamerika sowie kleinere Industrieländer die Bezahlung ihrer Auslandsschulden auf unbestimmte Zeit ein (Schuldenmoratorium). Beim Tiefstand der Krise erklärten auch die zentralen Industrieländer wie Deutschland, Österreich, Frankreich, England den Schuldendienst für ausgesetzt; 1933 für kurze Zeit auch die USA, als die Bankenkrise dort ihren Höhepunkt erreichte. Manche Staaten erklärten den Zahlungsstopp nicht nur für Staats-, sondern auch für private Geschäftsschulden. Die allgemeine Nichtbezahlung von Schulden führte natürlich zum Zusammenbruch des Welthandels. Wer verleiht noch Geld oder liefert Waren, wenn die Zahlungsverpflichtung nicht mehr gewährleistet ist.

Insgesamt schrumpfte der Welthandel auf 1/3 seines Volumens von 1928 zusammen. Die Staaten gingen zu einer Art Tauschhandel über, um keine Zahlungsverpflichtungen in Gold- oder Währungsreserven entstehen zu lassen, die man selbst nicht begleichen konnte oder deren Begleichung durch andere unsicher war. Die USA tauschten Weizen gegen Kaffee mit Brasilien, Ungarn Weizen gegen Holz mit Österreich, Japan Textilien gegen Baumwolle mit Indien.

„Erbübel des kapitalistischen Wirtschaftssystems“

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) schrieb in seinem Jahrbuch 1930 über die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise:

„Die gesamte Welt leidet unter schweren Wirtschaftsstörungen, den schwersten, denen sie seit den Anfängen des kapitalistischen Wirtschaftssystems jemals ausgesetzt war. Es wird heute kaum ein Land in der Welt geben, das nicht von der schleichenden Krankheit ergriffen ist. Krankheitsbeginn und Krankheitsherd sind freilich je nach der Struktur und den sonstigen Besonderheiten der Länder verschieden; aber die Grundursache und die letzten Auswirkungen sind überall die gleichen

Am frühesten machten sich die Erscheinungen der jetzigen Wirtschaftskrise Sie, wie gesagt, die ganze Welt erfaßt hat in Deutschland bemerkbar, nämlich schon um die Jahreswende von 1927 zu 1928. Dann folgten in Europa die Länder, die gleich Deutschland besonders stark unter Kapitalmangel litten, wie Polen, Ungarn und Italien, während in der übrigen Welt die Rohstoffproduzenten vorangingen, wie Australien, Brasilien, Argentinien. Einen weiteren schweren Stoß erlitt das weltwirtschaftliche Gleichgewicht, als gegen Ende

1929 die Krise auf die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada übergriff. Um die Jahreswende 1929/30 übertrug sich die Ansteckung auf England, das schon vorher unter der eigenen Dauerkrise schwer zu leiden hatte, ferner auf Österreich, die Tschechoslowakei, die Schweiz, Belgien und die Niederlande, endlich auf Chile und Japan. Im Jahre 1930 erlagen ihr schließlich auch Schweden, Norwegen, Frankreich und zuallerletzt Dänemark.

So verschiedenartig also der Zeitpunkt des Krisenbeginns und der Sitz des Krisenherdes sein mögen, so einheitlich sind die letzten Ursachen und Auswirkungen der Katastrophe. Der tiefste Grund für den Ausbruch der Krise lag in dem Erbübel des kapitalistischen Wirtschaftssystems, nämlich in dem Mißverhältnis zwischen Produktions- und Absatzseite. Diese Spannung zwischen Angebot und Nachfrage aber wurde dadurch hervorgerufen, daß die Profite, die zum großen Teil akkumuliert, d.h. zur Vergrößerung und Vervollkommen des Produktionsapparates verwen-

det werden, schneller angeschwollen sind als die Löhne, die überwiegend zum Kauf von Konsumgütern verbraucht werden. Als Folgen dieser Spannung zwischen Herstellung und Verbrauch sehen wir überall erhebliche *Stockungen in der Produktion* und eine noch viel stärkere *Überflutung des Arbeitsmarktes* „).

Die leitenden Kreise der Wirtschaft waren ratlos. Die Stimmung weiter Schichten der Bevölkerung näherte sich der Verzweiflung. Selbst in liberalen Kreisen verbreitete sich die Ansicht, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem diese Krise nicht überstehen werde. Die Regierungen griffen ein und suchten durch Zollmaßnahmen, durch Kredite, Subventionen, Verbrauchszwang, Aufträge an die Industrie oder Notstandsarbeiten die Krise zu mildern. Aber alle derartigen Maßnahmen blieben doch an der Oberfläche. Man suchte nur die Auswirkungen eines fehlerhaften Systems zu dämpfen, weil man nicht den Mut aufbrachte, bis an die Wurzel des Übels vorzudringen.

Buchtip

Die grosse Rezession

Paul Krugman, renommiertes Wirtschaftswissenschaftler und Professor am Massachusetts Institute of Technology, hat mit seinem neuesten Buch „Die grosse Rezession“ eine kurze und allgemeinverständliche Darstellung der aktuellen Situation der Weltwirtschaft vorgelegt, die eine Warnung an all diejenigen ist, die behaupten, die Gefahr der Weltwirtschaftskrise sei gebannt und die Weltwirtschaft wieder auf dauerhaftem Wachstumskurs.

Die Zuversicht mancher seiner Kollegen beantwortet er einfach mit der Realität: „Wenn wir uns die letzten zwei, drei Jahre vor Augen halten, müssen wir feststellen, daß sieben Volkswirtschaften - die zusammengenommen noch immer für ein Viertel der Weltproduktion sorgen und eine Bevölkerung von rund 700 Millionen aufweisen - in eine Wirtschaftskrise geraten sind, die leider in vieler Hinsicht an die große Depression der dreißiger Jahre erinnert.“

In seiner Analyse der japanischen Krise in den 90er Jahren (die er mittlerweile als eine „Wachstumsdepression“ bezeichnet) fallen die Parallelen zur aktuellen Lage in den USA auf. Und Krugman stellt die entscheidende Frage: „Wenn es Japan passieren kann, wie sicher können wir dann sein, dass die europäische Wirtschaft oder sogar die noch blühende Wirtschaft der Vereinigten Staaten sich nicht in derselben Falle wiederfinden werden?“

Während er eine nicht nur interessante und unterhaltsame Situationsbeschreibung der kapitalistischen Weltwirtschaft abgibt, erkennt er nicht die tieferliegenden Ursachen der Krise und schlägt eine Lösung im Rahmen des Kapitalismus vor. Als Keynesianist (Anhänger der Lehren des Wirtschaftswissenschaftlers John Maynard Keynes) geht er davon aus, daß die Krise auf die schwache Nachfrage zurückzuführen ist und bringt seinen Lösungsvorschlag auf eine einfache Formel: „Rezessionen lassen sich einfach dadurch bekämpfen, dass man Geld druckt - der Rest ergibt

sich in der Regel von selbst.“ Diese Politik hat in der Vergangenheit nicht funktioniert (und hat in den 70ern zu steigender Inflation geführt) und würde auch heute nicht greifen. Denn wenn es nicht zu Inflation kommen soll, muss entweder die Arbeiterklasse durch höhere Steuern bezahlen (was die Nachfrage weiter beschneiden würde) oder die Kapitalisten (was ihre Profite verringern würde und zu Investitionsstreiks und Betriebsschließungen etc. führen würde). Die Vertreibung Lafontaines aus dem Ministeramt hat gezeigt, dass die herrschenden Kapitalisten zur Zeit nicht bereit sind auch nur milde keynesianistische Reformen zuzulassen. Das kann sich in der Zukunft ändern, wird aber nichts an der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ändern.

Aber in einem anderen Punkt hat Krugman hat recht. Er schreibt, der Kapitalismus verdanke seine Dominanz heute weniger seinen eigenen Erfolgen, sondern der Tatsache, dass es keine brauchbare Alternative gibt. Und weiter: „Dieser Zustand wird allerdings nicht ewig währen. Es werden neue Ideologien kommen, neue Träume. Und zwar umso eher, je länger die derzeitige Große Rezession andauert und je einschneidender sie wirkt.“

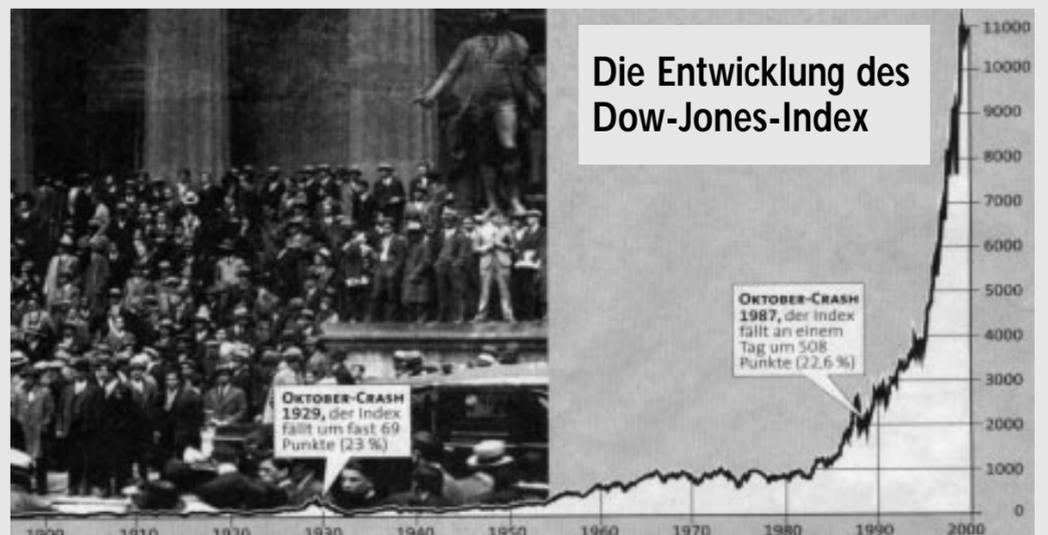
Aus der Krise und den daraus resultierenden Klassenkämpfen wird die Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative rasant wachsen. Dabei werden Hunderttausende und Millionen von ArbeiterInnen und Jugendlichen weltweit die Ideen des wirklichen Sozialismus neu entdecken und versuchen anzuwenden.

Sascha Stanicic, Köln

Paul Krugmann, *Die grosse Rezession*, erschienen im Campus Verlag, Frankfurt/Main, Preis 49,80 DM



25. Oktober 1929: Schwarzer Freitag an der New-Yorker Börse. Viele Anleger verloren an diesem Tag ihr Geld, Millionen Arbeiter verloren in der folgenden Wirtschaftskrise ihre Existenz



Schwindelerregende Höhen erreichten die Aktienkurse an der New Yorker WallStreet in den 90er Jahren. Ein neuer Crash ist jederzeit möglich

Krise im Kreml

ArbeiterInnen in Rußland leben weiterhin in schlimmen Verhältnissen. Seit dem Zusammenbruch des Rubels im August 1998 haben sich die Reallöhne halbiert. Der zweite Tschetschenien-Krieg wird weitere Kürzungen bei Löhnen, Gesundheit und Bildung zur Folge haben. Der neue Premierminister Putin, ehemaliger Chef des Geheimdienstes KGB, hat allen den Krieg erklärt, die seine Herrschaft zu bedrohen scheinen.

Rob Jones, Moskau

All dies geschieht vor dem Hintergrund einer extremen Vertrauenskrise in die herrschende Elite. Eine Umfrage ergab, daß die Unterstützung für Präsident Jelzin bei Null Prozent liegt! Wegen vielfacher Korruptionsvorwürfe gegen „die Familie“ (Jelzin und seine Clique) glauben viele, daß diese die Wahlen im nächsten Jahr vermeiden will. Falls Jel-

sus vom Kreml provoziert worden seien, um einen Vorwand zur Repression zu haben. Sie argumentieren, daß sie zu-



Ausweisung von Kaukasierern aus Moskau. Tausende wurden in den letzten Wochen gezwungen das Land zu verlassen

Augenzeugen

Zhabrail Gakayev, Vorsitzender der Tschetschenischen Kulturellen Assoziation in Moskau zu den Massenverhaftungen: „Tausende Kaukasier in Rußland bekamen von der Polizei drei Tage Zeit die Stadt zu verlassen. 99 Prozent von diesen Menschen sind vollkommen unschuldig. Die Polizei schiebt ihnen Drogen oder Waffen unter. Die Medien fahren fort mit ihren Unterstellungen, aber die Tschetschenen haben nichts gemeinsam mit Banditen oder Terroristen.“

Über 100.000 Flüchtlinge, Russen und Tschetschenen, werden gezwungen die Grenzen zu überqueren. „Laßt sie den Basajew umbringen. Doch warum sind sie so grausam gegenüber Frauen und Kindern?“ fragt ein tschetschenischer Flüchtling aus Grosny.

„... Jetzt guckt die Polizei auf meinen Paß und sagt: „Oh mein Gott, Sie sind ein Tschetschene“. Ich antworte ja, aber ich bin auch ein Mensch. Ich bin nicht kriminell, kein Drogendealer. Ich trinke nicht einmal. Sie sagen wir wären Drogenhändler und Banditen. Ich arbeitete mein ganzes Leben lang als Eisenbahner. Sehe ich aus wie ein Bandit? Das macht mich alles ziemlich krank“.

Ein russischer Flüchtling: „Tschetschenen und Russen in Grosny hatten keine Probleme miteinander. Wir lebten alle friedlich miteinander als Nachbarn und jetzt haben wir die Spielchen der Politiker auszubaden. Dieser ganze Krieg ist ein künstlicher Konflikt, ein politisches Spiel.“

zins Kandidat verliert, was wahrscheinlich ist, könnte es den Versuch geben, den Reichtum, den sich die herrschende Elite in den letzten zehn Jahren zusammengestohlen hat, wieder umzuverteilen. Sogar eine Anklage gegen Jelzin wird für möglich gehalten. Eine Reihe politischer Analysten werfen die Möglichkeit auf, daß die Kämpfe im Kauka-

kows zu dem Versuch führen würde, die Früchte der Privatisierung neu zu verteilen. Jetzt schon hat es einige spektakuläre Zusammenstöße zwischen im Wettbewerb stehenden Eigentümern über die Kontrolle von Kokereien in Sibirien gegeben. Die herrschende Elite steht also vor einem Dilemma. Sie will den Status Quo erhalten, aber sie weiß,

mindest Premierminister Putin zu größerer Popularität verholfen haben. Er hat es wenigstens vorübergehend geschafft, den Führer der Kommunisten, Sjaganow, in Meinungsumfragen auf den dritten Platz zu verdrängen. Putin hat Glück gehabt, weil seine Präsidentschaft mit einer Phase des Wirtschaftswachstums zusammengefallen ist.

Wirtschaft wächst?

Die Industrieproduktion ist in diesem Jahr um 20 Prozent gestiegen und hat damit den Einbruch von 13 Prozent infolge der Augustkrise mehr als wettgemacht. Dieses Wachstum ist allerdings mehr durch externe Faktoren als durch die Regierungspolitik hervorgerufen worden. Der jüngste Anstieg der Ölpreise hat die Einnahmen im Haushalt gesteigert. Außerdem hatte die Abwertung des Rubels nach dem August 1998 zur Folge, daß viele sich importierte Waren nicht mehr leisten können. Deshalb ist die Nachfrage besonders nach im Land produzierten Nahrungsmitteln angestiegen. Das Wachstum nimmt sich verglichen mit dem massiven Einbruch in den letzten Jahren allerdings sehr gering aus und wurde nicht durch eine Zunahme der Investitionen gestützt.

Wahl der Qual

Die wichtigsten Wahlblöcke für die Parlamentswahlen im Dezember unterstützen alle mehr oder weniger protektionistische Maßnahmen. Sie argumentieren, die Hauptfrage sei, ob die Wirtschaft von Professionellen geführt werde. Da die Kommunistische Partei es versäumt hat, ihre Position im Parlament dazu zu nutzen, gegen Jelzin zu mobilisieren, wird sie wahrscheinlich im Dezember Stimmen verlieren. Außerdem bekommt sie zunehmend Konkurrenz durch den Block „Vaterland“ um den Moskauer Bürgermeister Luschkow, der in der Lage ist, enorme finanzielle Mittel für seine Kampagne zu mobilisieren. Beide sind nicht gegen die erneuten Angriffe auf Tschetschenien.

Die neue russische Bourgeoisie könnte einen Wahlsieg der Kommunistischen Partei akzeptieren, da sie wissen, daß diese nicht versuchen würde den Kapitalismus in Rußland abzuschaffen.

Wie weiter?

Nichts desto trotz macht sie sich Sorgen, daß ein Sieg der KP oder Lusch-

koj ein Präsidentschaftskandidat, der loyal zu Jelzin stünde, Schwierigkeiten hätte, die Wahlen im nächsten Jahr zu gewinnen. Andererseits zögern sie damit, die wachsende Instabilität zu riskieren, die ein Sieg des Luschkow-Blocks zur Folge haben könnte. Die Wahlen im Dezember werden daher als Testlauf gesehen.

Wie auch immer, aus der Sicht der Arbeiterklasse wird die Notwendigkeit einer eigenen Partei immer deutlicher, obwohl bis jetzt wenig Schritte in diese Richtung getan wurden. Das CWI (Komitee für eine Arbeiterinternationale, der die SAV angeschlossen ist) wird in Rußland weiterhin ArbeiterInnen ermutigen ihre eigene Alternative zu organisieren.

Krieg im Kaukasus

Seit dem 3. August fallen russische Bomben im Kaukasus. Täglich kann man zehntausende Flüchtlinge in den Nachrichten sehen. Offiziell begründet Moskau den Eimarsch der russischen Truppen mit der Verfolgung von „Terroristen“ und deren Anführer Basajew. Dieser hatte 1996 Tschetschenien zu einem unabhängigen islamischen Staat erklärt. Welche Interessen stecken hinter dem russischen Feldzug?

Katja Raetz, Berlin

In Tschetschenien gibt es seit Beginn der 90er Jahre starke Unabhängigkeitsbestrebungen. Nach der Niederlage der russischen Armee 1996 galt Tschetschenien als eigenständige Republik innerhalb Rußland.

Dieser Krieg hat ein völlig zerstörtes Land hinterlassen. Seitdem Basajew im Sommer Truppen nach Dagestan geschickt hat, greift die russische Armee wieder an. Sie begann mit Bomben auf Dörfer in Dagestan und ging dann zum Angriff gegen Tschetschenien über. Alle Rebellen sollen vernichtet werden, alle Islamisten sind laut Premierminister Putin Terroristen. Mit den Bombardements wird die Bevölkerung ins Elend

gestürzt.

Dagestan

In Dagestan konnten lange Zeit die ethnischen Konflikte begrenzt werden, vor allem weil die zwei Millionen Einwohner sich aus über 100 verschiedenen Nationalitäten und ethnische Gruppierungen zusammensetzen. Die Menschen in Dagestan waren immer stolz auf ihren Internationalismus. Die Rebellen vertreten vor allem ihre eigenen nationalistischen Interessen.

Aber angesichts des Chaos im Land sehen mehr und mehr Menschen im Islam eine Alternative. Während am Beginn dieses Jahrzehnts nur 2% als Fundamentalisten bezeichnet werden konnten, sind es jetzt ca. 10%.

Mit der Einführung des Kapitalismus befinden sich 85% des Reichtums in Dagestan in der Hand von gerade 200 Familien. Das Durchschnittseinkommen beträgt nur ein Viertel von dem in Rußland und 85% der Jugendlichen sind arbeitslos. Je mehr das Land wirtschaftlich in eine Katastrophe gerät, um so stärker ist der Wunsch sich von Rußland abzugrenzen.

Gründe für den Krieg

Die Menschen waren gegen den letzten Krieg, 1995, und dachten, daß Tschetschenien sich von Rußland lösen sollte.

Aber heute denken viele, daß die Politik der russischen Regierung richtig ist und daß die Unabhängigkeit von Tschetschenien unter den existierenden Bedingungen den Terrorismus in Rußland nicht stoppen würde.

Der größte Teil von Arbeitern und Jugendlichen denken aber, daß nicht junge Soldaten in den Krieg geschickt werden sollten. Bewaffnete, professionelle Einheiten sollten mit allen Mitteln, die möglich seien diesen Krieg so schnell wie möglich beenden. Die „patriotische“ und „antikaukasische“ Propaganda greift leider in der Bevölkerung, vor allen Dingen auch deswegen, weil die Jugend in Rußland unpolitisiert ist.

Was denken Arbeiter und Jugendliche über Parteien und über die kommenden Wahlen?

Die existierenden Parteien und die kommenden Wahlen wecken keine Hoffnungen bei Arbeitern.

Sie glauben an niemanden und denken nicht, daß sie durch die Teilnahme an Wahlen irgendetwas ändern könnten. Daher ist es gerade auch unheimlich schwierig Unterschriften für eine Kandidatur zu sammeln.

Die Popularität der Kommunistischen Partei ist rasant gefallen, da sie trotz Mehrheit im Parlament gar nichts gemacht haben.

Interview aus Rußland

Kim Opgenoorth sprach für VORAN mit Anna Shvedova, 20 Jahre alt, Studentin an der Medical Academy in Woronesch

Welche Auswirkungen hat der Krieg auf das Alltagsleben in Woronesch?

Anna: Die meisten Leute sind verängstigt nach den Bombenanschlägen in Moskau und Wolgograd.

Sie versuchen sich selbst zu schützen, weil sie nicht denken, daß der Staat dies schafft. So genannte „Zivil-Patrouillen“ sind in den Hochhäusergebieten organisiert, die versuchen, Listen mit den wahren Mietern der Wohnungen aufzustellen. Nachts wird aus dem Fenster beobachtet, wer rein und rausgeht.

Diese Initiativen waren stark nach den Bombenattentaten zu sehen, nehmen aber wieder ab. Natürlich ist es hier nicht so schlimm wie in Moskau, wo solche „Patrouillen“ bewußt eingesetzt und vom Kapital finanziert werden, um Menschen anderer Nationalitäten zu diskriminieren und zu schikanieren.

Bei uns in Woronesch leben zum Beispiel bei einer Gesamteinwohnerzahl von einer Million nur 20.000 Aserbaidshaner. Sie alle haben jetzt unter den rassistischen Maßnahmen der Polizei und der rassistischen Propaganda der Massenmedien zu leiden.

Was denkt die Bevölkerung über den Krieg, wie ist die Stimmung gegenüber Tschetschenien?

Doch die russische Regierung will mit allen Mitteln verhindern, daß sich die Republiken lösen. Zum einen führen wichtige Ölpipelines durch diese Region vom Kaspischen zum Schwarzen Meer, deren Transiteinnahmen Rußland verlieren würde. Außerdem gibt es in Tschetschenien selbst 1500 Ölfelder und andere wichtige Rohstoffe. Die Bombardierung der Raffinerie in Grosny zeigt, daß die Verwertung des Öls unmöglich gemacht werden soll. Da Tschetschenien nach dem Zusammenbruch des Stalinismus zur steuerfreien Zone erklärt wurde, haben neureiche Russen dort Milliarden Rubel angelegt, die sie mit mafiosen Methoden auf Kosten der Bevölkerung vermehren.

Auf der anderen Seite spielt sich der Krieg vor dem Hintergrund einer innenpolitischen Krise in Rußland ab. Mittlerweile fordern 65% der Bevölkerung einen vorzeitigen Rücktritt von Präsident Boris Jelzin.

Mit der Hetze gegen Kaukasier wird versucht, die russische Bevölkerung wieder hinter die Regierung und Jelzin zu bringen. Obwohl es keine Beweise gibt, wurden für die Bombenangriffe sofort tschetschenische Terroristen verantwortlich gemacht. Mit dem Krieg wäre es möglich, den Ausnahmezustand zu verhängen und damit die Wahlen auf unbefristete Zeit zu verschieben.

Pulverfaß Kaukasus

Die russische Regierung will das Selbstbestimmungsrecht der Tschetschenen auch deshalb in Blut ertränken, um weitere Unabhängigkeitskämpfe in anderen Regionen zu verhindern. Doch selbst wenn die russische Armee siegen sollte, wird der Kaukasus ein Pulverfaß für die Region bleiben.

Die Wiederherstellung des Kapitalismus in der ehemaligen UdSSR hat nur zu Chaos, Krieg und Verelendung geführt. Kapitalismus bedeutet weitere Destabilisierung des Landes. Einen Ausweg kann es nur geben, wenn dieses System überwunden wird. In einer freiwilligen Föderation sozialistischer Republiken, auf der Grundlage einer demokratisch geplanten Wirtschaft, wird ein menschenwürdiges Leben für alle möglich sein.

Keine Kalaschnikow

Streik in einer Waffenfabrik in Kasachstan. Ionur Kurmanov, Mitglied des Streikkomitees und Mitglied des CWI (Komitee für eine Arbeiterinternationale) berichtet:

„Die Arbeiter haben seit drei Jahren keinen Lohn gesehen. Statt Löhnen, bezahlten sie uns manchmal mit Waren schlechter Qualität. In der gleichen Zeit hat das Management sich selber Cafes und teure Datschen (Ferienhäuser) gebaut. Teure Reparaturen an ihren Häusern haben sie dadurch bezahlt, daß sie Baustoffe und firmeneigenes Material geklaut und verkauft haben. Zehn Arbeiter sind in der Zeit wegen Hunger, Sreß oder Mangel an Medikamenten gestorben. Im Juni und Juli versuchte das Management dann

die neuen Anweisungen wegen dem Krieg durchzusetzen. Sie erwarteten von uns 12-14 Stundentage. Wir bekamen keine Sicherheitsbrillen und selbst kein Wasser. Die Kantine blieb geschlossen. Unsere Geduld hatte ein Ende. Am 01. September wurde ein Streik ausgerufen. Obwohl uns als Waffenfabrik nicht erlaubt ist zu streiken, haben wir ein Streikkomitee gewählt. Wir haben sofort Kontakt aufgenommen zu anderen streikenden Betrieben in Kasachstan. Das Treffen hat außerdem eine Warnung an den KNK (früher KGB) ausgesprochen gegen mich oder eine andere Person aus dem Streikkomitee vorzugehen.“

Solidaritätsadressen an: 417000 Kasachstan, Uralsk, ul. Udrinskaya d.1/1 kv.9. Pozhidaevy VT



Ist Österreich ein Naziland?



Mit 27 % wurde die rechtsextreme Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) bei den Wahlen am 03. Oktober zur zweitstärksten Partei. Der Aufstieg der FPÖ setzte mit der Übernahme der Parteiführung durch Jörg Haider 1986 ein. Von einem Sammelbecken der Altnazis mit einigen liberalen Spitzenfunktionären, wurde sie zur erfolgreichsten Organisation der „Neuen Rechten“ in Europa. Die FPÖ ist zwar keine faschistische Partei, aber sie vertritt eine Mischung aus rechts-extremen Fixpunkten wie Rassismus, Polizeistaat, Anti-Gewerkschaftsforderungen, sowie sehr flexiblen populistischen Sprüchen. Doch das alleine erklärt den Erfolg der Freiheitlichen nicht.

Johnny Evers, Wien, Mitglied der Bundesleitung der SOV, Sozialistische Offensive

Die historisch niedrigste Wahlbeteiligung von 76,2% lag hauptsächlich an der Unzufriedenheit über die seit 12 Jahren bestehende „große Koalition“ aus Sozialdemokraten (SPÖ) und Konservativen (ÖVP). Sie hat seitdem die ehemals zu großen Teilen verstaatlichte Industrie privatisiert, die Arbeitslosigkeit verdoppelt und zwei Sparpakete geschnürt. Der Schock in der Arbeiterklasse über diese Entwick-

lung sitzt tiefer als anderswo: Österreich galt in den 70er Jahren, ähnlich wie Schweden, als sozialdemokratischer Modellstaat. Laut Meinungsumfragen lehnten 60% die Fortführung der großen Koalition ab. Die Politik der jetzigen SPÖ hat nichts mehr mit jener der 70er Jahre zu tun. Die Sozialdemokratie stand in den letzten Jahren an der Spitze einer Regierung die, symbolisiert durch den EU-Beitritt Anfang der 90er Jahre, Österreich in atemberaubendem Tempo an die neoliberale Wende in Europa „angeschlossen“ hat. Eine ganze Generation hat die SPÖ nur mehr als Sozialabbau-Partei erlebt.

Sozialabbau ohne Widerstand

Entscheidend ist, daß alle diese Veränderungen ohne nennenswerten Widerstand „von unten“ durchgeführt wurden. Der durch die Sozialdemokratie verbreitete extreme Antikommunismus in der Arbeiterbewegung nach 1945, hat bis heute das Entste-

hen einer Partei links von Sozialdemokratie und Grünen verhindert. Die Gewerkschaften (ÖGB) waren und sind in die Regierungspolitik eingebunden und haben die Sparpläne teilweise selbst erstellt. Der ÖGB ist staatstragend und verzichtet auf Streiks und Arbeitskämpfe. Immer mehr Unternehmer wollen heute jedoch ohne SPÖ und Gewerkschaftsbindung regieren. Für sie bietet die FPÖ klar die Möglichkeit der Ausschaltung des Gewerkschaftseinflusses und ein Ende der Sozialpartnerschaft.

Ende der Arbeiterpartei SPÖ

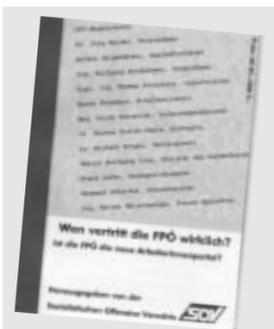
Nur mehr 40 Prozent der Arbeiterinnen und 25 Prozent der unter 30jährigen wählten 1999 Sozialdemokraten. In beiden Bereichen ist die FPÖ - mit 45 % bei den ArbeiterInnen und 35 Prozent bei der Jugend - die stärkste Partei. Diese Zahlen drücken zweifellos das seit langem besiegelte Ende der SPÖ als „traditionelle Arbeiterpartei“ aus. Doch tatsächlich kann die FPÖ das entstandene Vakuum nur zu einem Bruchteil füllen: Die SPÖ verlor bei diesen Wahlen zwar 230.000 Wähler an die FPÖ, aber 275.000 an die Nichtwähler. Trotz der Stimmenzuwächse ist es der FPÖ überhaupt nicht gelungen in die Arbeiterbewegung selbst einzudringen: Unter ein Prozent der Betriebsräte und Vertrauensleute bekennen sich zu den Freiheitlichen. Auch organisatorisch konnte Haider nicht vom Mitgliederschwund der beiden Großpar-

teien profitieren: Mit 40.000 Mitgliedern stagnieren die Freiheitlichen auf dem selben Niveau wie Mitte der 80er Jahre (zum Vergleich: SPÖ und ÖVP haben je 400.000 Mitglieder). Die FPÖ bleibt Protestpartei, deren Stärke vor allem aus einem Umstand resultiert: Sie hat bis jetzt keinen nennenswerten Gegner.

Polarisierung enorm

Das Wahlergebnis selbst hat in Österreich eine enorme Polarisierung ausgelöst. Überall, am Arbeitsplatz, in den Gasthäusern, auf der Straße ... wird über die politische Lage diskutiert. Vor allem unter Jugendlichen gibt es eine Stimmung, die an jene Anfang der 90er Jahre erinnert. Antirassismus, Anti-FPÖ sind zentrale Themen, die politisieren und aktivieren. So groß die Ablehnung der großen Koalition auch ist - noch stärker ist die Ablehnung einer Regierungsbe-

teilung der FPÖ. Die bürgerlichen Medien sprechen von italienischen Verhältnissen. Vor Dezember wird nicht mit einer Regierungsfindung gerechnet. Eventuell stehen im Januar sogar Neuwahlen an. Instabilität und die Frage nach politischen Alternativen, sind die wesentlichen Markierungspunkte der nächsten Periode. Politisch gab Haider schon seit Jahren Themen vor, die Regierung folgte. Ebenso wird jede Regierung versuchen, den Rechtsruck der letzten Jahre, wie etwa in der AusländerInnenpolitik, weiter fortzusetzen. Im Interesse des Kapitals muß eine Steuerreform „finanziert“ und der EU-Stabilitätspakt erfüllt werden. Die „Sozialistische Offensive Vorwärts“ (SOV) sieht in dieser Situation die Möglichkeit, die Frage der politischen Alternative und damit der Idee einer neuen ArbeiterInnenpartei massiv einzubringen. ■



Broschüre über die FPÖ, erhältlich bei der Redaktion VORAN



Pakistan

Nein zur Militärdiktatur

Am Abend des 12. Oktober unterbrachen die Fernsehanstalten Pakistans ihre Programme, nachdem zwei Magazine berichtet hatten, daß Premierminister Nawaz Sharif den Generalstabschef Pervez Musharraf entlassen hat.

Flughäfen, Regierungsgebäude und die Wohnungen von Politikern und Parlamentsabgeordneten wurden daraufhin von Soldaten umstellt. Das Militär brachte Radio- und Fernsehsender unter seine Kontrolle. Mobilfunknetze und ein Teil des internationalen Festnetzes wurden außer Betrieb gesetzt. Danach erklärte General Musharraf die Regierung Sharif für abgesetzt.

Pakistans vierte Periode unter militärischer Regierung seit der Unabhängigkeit hat begonnen.

Der Putsch ist eine große Gefahr für die demokratische Rechte der Bevölkerung und wird Spannungen in einer Region provozieren, deren regionale Hegemonialmächte, nämlich Indien und Pakistan selbst, erst kürzlich zu Nuklearmächten aufgestiegen sind.

Seit der Wahl der Regierung Sharif im Jahre 1997 hat sich Pakistan langsam auf die Katastrophe zubewegt. Mehr als 100.000 Arbeiter verloren ihre Stellungen, wei-

tere Entlassungen waren geplant. Die Preise für die Grundversorgung explodierten, während Lebensmittelsubventionen abgebaut wurden. Gleichzeitig bereicherten sich Sharif und sein Gefolge maßlos aus der Staatskasse und durch Privatgeschäfte.

Sharif gängelte die Presse, beschnitt das Streik- und Demonstrationsrecht und schuf so Elemente einer bürgerlichen Diktatur. Er versuchte sogar die strenge islamische Sharia (Islamische Rechtsprechung) mit sich selbst als religiösem Führer einzuführen. Er legte sich auch mit anderen Teilen der Elite an, indem er sich zum Beispiel 1997 selbst zum Präsidenten ernannte und sich das Recht gab das Parlament aufzulösen. Die gegenwärtige Krise spiegelt die Konflikte innerhalb der herrschenden Elite Pakistans wieder. Allseits herrschen Korruption und gegenseitiges Mißtrauen. Den Preis dafür zahlt natürlich die einfache Bevölkerung. Im Moment des Putsches war das Mißtrauen in Sharif so groß, daß die Elite fürchtete, er könnte mit der Konzentration von Macht in seinen Händen zu weit gehen und einen Zusammenbruch der ganzen Gesellschaft provozieren.

Außerdem hatte Sharif unter dem Druck des US-Imperialismus außenpolitisch Schwäche gezeigt, indem er die Rüstungsausgaben reduziert hatte und mit Indien Gespräche über das umstrittene Kaschmir aufgenommen hatte.

Dennoch ist es unwahrscheinlich, daß dieser Putsch zu einer harten Militärdiktatur führen wird, wie unter General Zia Ul-Haq zwischen 1977 und 1988. Der Putsch ist eher ein Schlag einer Gruppe der herrschenden Klasse gegen die andere, als als direkter Angriff auf die Lebenssituation der Massen gedacht.

Auch der US-Imperialismus wird Druck ausüben und versuchen eine offene Militärdiktatur zu verhindern. Wahrscheinlicher ist eine von der Armee eingesetzte Marionettenregierung mit starkem militärischem Einfluß.

Breite Schichten der Bevölkerung begrüßen die Absetzung der Regierung Sharif, haben aber gleichzeitig Angst vor den Militärs. Es gibt auch Hoffnung auf Verbesserung der Lebensbedingungen und auf innere und äußere Stabilität. Diese werden jedoch schnell enttäuscht werden. Die in Pakistan bestehenden kapitalistischen und feudalistischen Strukturen haben für die pakistanischen Arbeiter und Bauern immer nur Armut, Leiden und Krieg bedeutet. Nur die pakistanischen Massen unter der Führung der Arbeiter kann eine demokratische Gesellschaft erkämpfen und soziale Rückschritte beenden.

(Zusammenfassung eines Artikels aus „The Socialist“ Nr. 131 vom 15. Oktober 1999)

Übersetzung Johannes Bauer

Gentechnik

Ein 18-jähriger Amerikaner ist zum ersten bekannten Todesopfer der Gentechnik geworden. Er litt an einer genetisch bedingten Stoffwechsel-Störung. Strenge Diät und herkömmliche Medikamente ermöglichten ein relativ gesundes Leben. Doch das Institut für Gentherapie der Universität von Pennsylvania versprach die vollkommene Heilung durch ihre neue Gentherapie-Versuchsreihe. Ergebnis des Genversuchs: der Test schlug fehl und brachte einem der insgesamt 18 Versuchsteilnehmern den Tod.

Nelson A. Wivel, stellvertretender Institutsdirektor, räumte ein, das bei experimentellen Therapien Todesfälle nie ganz ausgeschlossen werden können. Eine Einsicht die ihn sicher nicht vor weiteren Menschenversuchen abhalten dürfte und keinem seiner Opfer helfen wird.

Frankreich

Neun Tage hielten Arbeiter in Nanterre im Oktober ihren Betrieb besetzt, um den multinationalen Konzern Alstom unter Druck zu setzen. Ihre Forderungen waren Lohnerhöhungen, 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, sowie Sicherung der Arbeitsplätze. In einer Solidaritätsadresse an die KollegInnen bei Alcatel hieß es: „Wir alle sind Opfer dieser Pläne zur Vernichtung von Arbeitsplätzen in Frankreich, Deutschland, Spanien oder sonstwo. Angesichts dessen müssen wir als Gewerkschaftsorganisationen eine gemeinsame und internationale Antwort gegen jegliche Spaltung der ArbeiterInnen des einen oder anderen Landes organisieren.“ Angesichts der rabiaten Räumung des besetzten Betriebes kam es zu Solidaritätsstreiks in mehreren französischen Städten.

Panzerwahn

Die Modernisierung ihrer Panzerstreitmacht will sich die Türkei umgerechnet 14 Milliarden DM kosten lassen. Deutsche Firmen sind dabei gut im Rennen. Wenn das aktuell diskutierte Panzergeschäft mit dem genehmigten Testexemplar Leopard-2 zustande kommt, käme es zum größten deutsch-türkischen Rüstungsdeal in der Geschichte. Vor allem in den 90er Jahren ist der Waffenhandel in die Türkei rasant gestiegen. Der Einsatz von deutschem Kriegsmaterial in der Kurdenregion hat zwar immer wieder zu Verstimmungen in Bonn geführt, das Rüstungsgeschäfte aber nie ernsthaft gefährdet. Die Armee der Türkei ist mit 600 000 Soldaten zahlenmäßig die zweitgrößte Nato-Streitmacht nach den USA.

Kein Asyl

Zehntausende jugoslawischer Deserteure haben sich von ihrer kämpfenden Truppe entfernt. Viele sind in die Nachbarländer geflohen.

„Desertiert! Verlasst eure Einheit und euer Kriegsgerät und flieht aus dem Kosovo, so weit euch die Füße tragen“- so stand es in kyrillischen Buchstaben auf den von der Nato unterzeichneten Flugblättern, die im April diesen Jahres über dem Kosovo abgeworfen wurden.

Heute ist das alles vergessen. Die Nato-Partner, die sie zur Desertion aufgefordert haben, lassen sie jetzt im Regen stehen.

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelterstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung Voran gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr verdienen als einen durchschnittlicher Arbeitnehmer. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen uns gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die Abwahl von Kohl war eine Ermütigung für die Mehrheit der Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen in Deutschland. Aber die Erwartungen der Bevölkerung werden unver-

meidlich enttäuscht werden, da weder SPD noch Grüne bereit sind, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen. Da sie die Marktwirtschaft akzeptieren, werden sie versuchen, die Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stop von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Verkauft VORAN

Die SAV Stuttgart hat auf einer Demonstration gegen die Bundeszentrale der faschistischen NPD im Oktober 26 VORAN und neun Grundsatzprogramme verkauft. Ein Zivi, der Programm und Zeitung auf der Demo gekauft hat, ist nach dieser Lektüre sofort beim nächsten Treffen in die SAV eingetreten. AntifaschistInnen aus Ravensburg, die ebenfalls auf dieser Demo die VORAN kennengelernt hatten, haben gleich fünf Exemplare zum Weiterverkaufen bestellt.



Stuttgarter SAV-Mitglieder auf einer Anti-Kriegs-Demo

Schließt die NPD-Zentrale!

Am 9. Oktober fand in Stuttgart eine Demonstration mit 1500 TeilnehmerInnen gegen die Bundeszentrale der faschistischen NPD statt. Von dort aus werden bundesweite Kampagnen der Nazis koordiniert, Hetzmaterial erstellt und Veranstaltungen durchgeführt. Auch die IDL (Internationale Demokratische Linke) das Bündnis zur Kommunalwahl, an dem sich die SAV-Stuttgart beteiligt, mobilisierte zur Demo und sorgte durch zahlreiche Flugblätter für Aufsehen.

Nach der erfolgreichen Demonstration bekamen die KandidatInnen, die als Kontaktpersonen auf den Flugblättern der IDL standen, Drohanrufe, die teilweise bis zur Mordandrohung reich-

ten. Der Polizei war es „zu teuer“ den Anrufer im Nachhinein noch festzustellen. Auch die Presse, die durch Pressemitteilungen benachrichtigt wurde, bevorzugte es den Vorfall zu verschweigen.

Die Kolleginnen und Kollegen in SAV und IDL sind sich einig, daß wir uns durch die Bedrohungen der Nazis nicht einschüchtern lassen dürfen. Im Gegenteil: Wir sind um so entschlossener, uns den Nazis in den Weg zu stellen. Dafür reicht eine einmalige Aktion natürlich nicht aus, aber die Demonstration war ein guter Anfang und hat deutlich gemacht, daß wir nicht gewillt sind Nazis zu dulden.

Anne Stuttgart

Warum es endlich Zeit war, daß ich SAV-Mitglied wurde.

Wenn ich sehe, wie viele Millionen und Abermillionen Menschen in dieser Welt in Armut leben müssen, dann macht mich das sehr traurig.

Wenn ich sehe, wie viele Milliarden und Abermilliarden Dollar und Euro von einigen wenigen Unternehmern eingefahren werden, dann macht mich das sehr wütend.

Wenn ich sah, wie die SAV versucht, etwas dagegen zu tun, während ich nur traurig und wütend bin, dann machte mich das beschämt.

Und deshalb wurde es höchste Zeit, die Trauer und die Wut in Widerstand zu verwandeln und der SAV beizutreten.

Selcuk, Aachen

Spendet für die SAV!

Alle etablierten Parteien und Politiker vertreten die Interessen der Banken und Konzerne gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Dafür werden sie durch großzügige Spenden eben dieser Konzerne belohnt. Zusätzlich erhalten die Parteien jedes Jahr 245 Millionen DM an staatlichen Zuschüssen, also aus unseren Steuergeldern. Mit diesem Geld können sie uns dann von Wahl zu Wahl mit nichtssagenen Hochglanzbroschüren und Werbegeschenken zuwerfen, um uns dann nach der Wahl weiterhin das Geld aus der Tasche zu ziehen und es an ihre reichen Freunde weiterzugeben.

Die SAV ist keine solche Partei. Wir finanzieren unsere politische Arbeit einzig und allein durch diejenigen, für deren Interessen wir kämpfen: ArbeiterInnen, Arbeitslose, Jugendliche und Rentner. Neben den Beiträgen unserer Mitglieder sind wir auf gelegentliche und regelmäßige Spenden von Menschen angewiesen, die unsere Arbeit gut finden und unterstützen wollen.

Mit diesem Geld finanzieren wir konkrete Gegenwehr-Aktionen in Betrieben, Schulen, Hochschulen und auf der Straße. Wir mobilisieren zu Demonstrationen gegen Bildungs- und Sozialabbau, gegen Arbeitsplatzvernichtung oder um die Nazis zu stoppen. Mit Unterschriftensammlungen versuchen wir öffentlichen Druck für bestimmte Forderungen zu entwickeln.

Mit unsere Zeitung VORAN, über Broschüren, Plakate und Flugblätter leisten wir einen Beitrag, sozialistische Ideen in der Gesellschaft zu verbreiten.

Ohne die Spenden von Menschen, die meist selbst sehr wenig Geld zur Verfügung haben, könnten wir diese Arbeit nicht weiter machen. Wir fordern alle Leserinnen und Leser auf, eine Spende für den Aufbau der Sozialistischen Alternative (SAV) zu leisten.

Spendenkonto:
2500 59 430,
Postbank Essen,
BLZ: 360 100 43

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege. Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

VORAN
Inforessum

Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Tel.: 02 21/13 45 04 oder 13 46 04,
Fax 02 21/13 72 80
e-mail: SAVBUND@AOL.com
Internet: www.SAV-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Sascha Stanic
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19.00 Uhr, „Au petit Bistro“, Adalbertsteinweg 119
OG Nord: Mittwochs, 19.00 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Welt-Haus, An der Schanz 1
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro

Berlin

OG Treptow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbsthilfenzentrum, Fennstr. 31, S-Bahnhof Schöneweide
OG Prenzlauer Berg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 26, S-Bahn Prenzlauer Allee
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro

Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschoß, Hastedter Ost-erdeich 230.
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Bremerhaven

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Dresden

OG Dresden: Freitags, 18.30 Uhr im Stadtteilhaus Neustadt, Prießnitzstr. 18

Frankfurt/Main

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Hamburg

Infos unter Tel. (040) 76621797

Kassel

Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522

Kiel

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Köln

Donnerstags, 19.30 Uhr, „Humboldt-Eck“, Kantstr./Ecke Wiersbergstraße, U-Bahn Kalk Kapelle.
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

Rostock

OG Rostock: Donnerstags, 19.00 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 92 (Eingang über Grüner Weg).
Infos unter Tel. (0381) 4996590 im SAV-Büro

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr im Nordafrikanischen Verein, Frankfurter Str. 82, Nähe Löhrtor
Infos, Tel.: (0271) 51 291

Stuttgart

Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
Infos unter Tel.: (07 11) 242442

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 13 45 04: Darmstadt, Duisburg, Göttingen, Krefeld und Saarbrücken.

Die nächste VORAN
erscheint am 3. 12. 99

Vor zehn Jahren Revolution in Deutschland

Immer wieder bekommen wir heute zu hören. „Hier geht ja sowieso keiner auf die Straße, den Leuten geht es noch viel zu gut und eine Revolution werden wir hier in Deutschland nie erleben. Dabei ist es nur 10 Jahre her, daß in der ehemaligen DDR eine Revolution stattgefunden hat, die eine Regierung aber auch ein ganzes System aus den Angeln hob.“

Antje Zander, Berlin

Der britische Marxist Robert Bechert ist Vorstandsmitglied des Komitees für eine Arbeiterinternationale (der internationalen sozialistischen Organisation, der die SAV angeschlossen ist) und lebte vom Herbst 89 bis zum Frühjahr 90 in Berlin und hat jetzt ein Buch über die revolutionäre Bewegung in der DDR geschrieben. Dabei beschreibt er ausführlich wie es zur Gründung der DDR kam, warum es in der DDR niemals wirklich Sozialismus gegeben hat und was die Ursachen für den Ausbruch der Krise 89 gewesen sind.

Dem Autor gelingt es, sehr lebendig zu beschreiben, was sich im Herbst 89 in der DDR abgespielt hat. Deutlich wird, daß es den Menschen in der DDR, als sie anfangen auf der Straße zu demonstrieren, keinesfalls um die Wiedervereinigung oder die Einführung des Kapitalismus ging. Die Forderungen der Bewegung waren bis Mitte November vor allem Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, das Ende der Privilegien für die Bürokraten und der Alleinherrschaft der SED und eine Demokratisierung der DDR.

Pro-sozialistische Bewegung

Es wird Christa Wolf zitiert, die unter großem Applaus auf der Demo von ca. einer Million Menschen am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz sagte: „Stellt euch vor es ist Sozialismus und keiner rennt weg“. Der Autor weist nach, daß die Stimmung zu diesem Zeitpunkt prosozialistisch war und auch die Hauptforderungen für eine wirkliche sozialistische Demokratie waren. Er berichtet von Demonstrationen, auf denen die Internationale gesungen wurde, er zitiert aber auch die Gründungsauftritte von Oppositionsgruppen, von denen nur eine Einzige, nämlich die SDP (Sozialdemokratische Partei) das Ziel der Einführung der Marktwirtschaft hatte.

Revolutionäre Partei fehlte

Doch warum kam es dann später zu dem Stim-

mungumschwung, der den Weg für die Wiedervereinigung ebnete? In diesem Buch wird darauf eine Antwort aus marxistischer Sicht zu geben. Es wird erklärt, daß die Alternative zu Stalinismus einerseits und kapitalistischer Restauration andererseits im Aufbau einer sozialistischen Demokratie bestanden hätte. Auch wenn diese Idee von vielen Menschen in der DDR damals unterstützt wurde, so gab es keine verankerte Kraft, die einen konkreten Weg dahin aufweisen konnte. So konnten nach dem Fall der Mauer und nachdem die SED Führung faktisch am Ende war, Illusionen in die Marktwirtschaft aufkommen. Um den Ereignissen einen anderen Verlauf zu geben, wäre eine starke revolutionäre Organisation mit einem bei den Massen verankerten Programm für eine Arbeiterdemokratie notwendig gewesen.

Viele Menschen, die damals auf der Straße waren, haben heute ihre Erfahrungen mit der Marktwirtschaft gemacht. Wohl keiner hat noch irgendwelche Illusionen in blühende Landschaften. Der Autor zitiert Umfragen, nach denen nur 22 Prozent „eine gute Meinung vom ökonomischen System in der BRD“ haben und 68 Prozent den Sozialismus für eine gute Idee halten. Viele fragen sich, wie es 1989 anders hätte ausgehen können. Zehn Jahre nach der Massenbewegung in der DDR leistet dieses Buch einen wichtigen Beitrag, um diese Frage zu beantworten und die Revolution und Konterrevolution 1989/90 zu verstehen. Dieses Verständnis ist für jeden notwendig, der einen Ausweg aus der Sackgasse des kapitalistischen Profitsystems sucht.

Die SAV hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahresende 500 Exemplare von „Die gescheiterte Revolution“ zu verkaufen

99 500

Nach zehn Tagen waren bereits 99 Exemplare der Neuerscheinung verkauft

Erfolgreicher Wahlkampf in Berlin

Mit 429 Stimmen (0,7 Prozent) für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Prenzlauer Berg haben wir unser Ziel von 300 Stimmen für unsere erste SAV-Kandidatur in Berlin übertroffen. Auf unseren fast täglichen Infoständen haben wir 190 Wahlprogramme verkauft, 1.000 Faltpakete verteilt und mehr als 1.500 Plakate aufgehängt. Beinahe jeden Tag hat jemand Kontakt zu unserem Büro aufgenommen. Auf unserer Wahlkampfveranstaltung waren 30 TeilnehmerInnen, darunter 10 Gäste.

Kerstin Hellwig, Berlin

Unsere Spitzenkandidatin, Antje Zander, trat auch als Direktkandidatin zum Abgeordnetenhaus für die Demokratische Linke (DL) an. Die DL ist eine Linksabspaltung von PDS, SPD und Grünen und kam stadtweit auf 0,1 Prozent. Unsere Schwerpunkte auf den Plakaten und in unserer Arbeit waren: „Kein Sozialabbau im Prenzlauer Berg: Streichen bei den Reichen“ und „Kein Fußbreit den Nazis“. Außerdem beteiligten wir uns bei der Solidaritätsarbeit für die Betriebsbesetzung bei Alcatel. Bei einer DL-Wahlveranstaltung und beim SchülerInnenstreik gegen kommunale Kürzungen sammelten wir zum Beispiel Spenden für die streikenden KollegInnen.

Offensiv gegen REPs

An unseren Infoständen führten wir jeden Samstag vor einem Einkaufszentrum offensiv die Auseinandersetzung mit den Faschisten von den Republikanern (REPs). Wir haben die Passanten aufgefordert, die Flugis der REPs in eine Mülltonne zu werfen. Mehrere Male schlossen sich Jugendliche unseren Aktio-

nen an. Jeden Samstag sind die REPs schließlich vor uns abgezogen; am Tag vor der Wahl sind sie gar nicht mehr aufgetaucht. Im Prenzlauer Berg konnten die REPs nicht in die BVV einziehen (allerdings kamen sie in neun anderen Berliner Bezirken über die 3-Prozent-Hürde).

Kampagne gegen kommunale Kürzungen

Teil des Wahlkampfes war unsere Kampagne gegen die Schließung von 28 Kinder- und Jugendeinrichtungen in freier Trägerschaft (siehe Artikel zum Thema). Dank der Proteste, an denen wir aktiv teilnahmen, konnten die ursprünglich von allen anderen Parteien im Prenzlauer Berg befürworteten Kürzungen erst einmal abgewendet werden. Für das Gelingen des SchülerInnenstreiks gegen den Sozialabbau, der bei einer Versammlung von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) beschlossen worden war, haben Schülermitglieder der SAV einen wesentlichen Betrag geleistet.

Um die kommunalen Kürzungen abzuwenden, treten wir für bedarfsgerechte Haushalte in den Bezirken ein, und machen uns für ein stadtweites Bündnis und einen Streik- und Protesttag stark. Nachdem sich die ErzieherInnen im Prenzlauer Berg mehrmals getroffen haben (bei den Treffen waren SAV und JRE ebenfalls eingeladen), steht jetzt eine Versammlung von VertreterInnen verschiedener Bezirke an.

Die Verordneten der PDS haben erst auf den Druck der Betroffenen hin gegen die Kürzungen im Jugendbereich gestimmt (genauso wie die Grünen). Aber die PDS hat zu keinem Zeitpunkt

ihre Möglichkeiten genutzt, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren.

Nach der Privatisierungswelle der letzten Jahre unter der Großen Koalition von CDU und SPD droht jetzt neben weiteren kommunalen Kürzungen verstärkter Arbeitsplatzabbau (und sogar betriebsbedingte Kündigungen) im Öffentlichen Dienst. Die SAV Berlin wird sich weiter dafür engagieren, daß eine Bewegung aufgebaut wird, mit der der anstehende Sparhaushalt gekippt werden kann und dabei für eine sozialistische Kommunalpolitik werben.

SAV im Internet

- VORAN
- Broschüren
- Informationen

www.SAV-online.de

Sozialismus-Tag in Siegen

Am 4.12. organisiert die SAV in Siegen einen Tag voller Information und Debatte. Themen sind: Stalinismus - Die Verrätene Revolution; DDR 1989 - Die Macht lag auf der Straße und „Auf ins 21. Jahrhundert - Vorstellung des SAV Grundsatzprogramms“. Abends gibt es Filmvorführungen und Party. Die Veranstaltung findet statt am 4.12. ab 11.00 Uhr im Nordafrikanischen Verein, Frankfurter Str. 82, Infos: 0271/51291

Jetzt erhältlich:

Die gescheiterte Revolution

Robert Bechert, Die gescheiterte Revolution, 180 Seiten, Paperback

Versammlungen mit Robert Bechert, dem Autor von „Die gescheiterte Revolution“ zum Thema „Die Macht lag auf der Straße“:

- 3.11.: Stuttgart: 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohestr.9, Haltestelle Berliner Platz;
- 4.11.: Köln Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3;
- 5.11.: Aachen: 19.00 Uhr, Ché-Haus, Pontstr.41;
- 6.11.: Berlin: 16.00 Uhr, Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, (Nähe S-/U-Bahnhof Alexanderplatz);
- 7.11.: Hamburg: 16.30 Uhr, Haus für Alle, Amandastr. 58 (Haltestelle Sternschanze, S21, S31, U3);
- 8.11.: Rostock, 18.30 Uhr, Lagerstr. 18 (Club der Volkssolidarität);
- 9.11.: Dresden, 19.00 Uhr, Kulturrathaus, Königsstr. 15 ;
- 10.11.: Kassel 19.00 Uhr im KiK, im DGB-Haus, Spohrstr. 6



Bestellschein

Ich bestelle _____ Exemplare von „Die gescheiterte Revolution“ zum Preis von DM 20,- zzgl. Porto

Name _____

Adresse _____

Datum, Unterschrift _____

Ausschneiden und einschicken an die Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Kommunalwahlen in Stuttgart

Bei der Gemeinderatswahl am 24. Oktober in Stuttgart hat die SAV mit anderen linken Parteien und Einzelpersonen ein Wahlbündnis (Internationale Demokratische Linke - IDL) gebildet, um eine Alternative zur etablierten Politik in Stuttgart anzubieten.

Tinette Schnatterer

Mit dieser sind die Menschen in Stuttgart keineswegs zufrieden. Das zeigt sich besonders in der extrem niedrigen Wahlbeteiligung. Fast die Hälfte der Wahlberechtigten ist zu Hause geblieben. Das gilt besonders für ehemalige WählerInnen der Grünen, die von der Politik dieser Partei in der Bundesregierung, aber auch im Stuttgarter Gemeinderat, enttäuscht sind.

Gegen Privatisierung und Prestigeobjekte

Im Wahlkampf der IDL sind wir vor allem gegen das Prestigeobjekt „Stuttgart 21“ und für die Kündigung der Sana-Verträge in den Krankenhäusern eingetreten. Bei „Stuttgart 21“ sollen fünf Milliarden DM dafür verschwendet werden, den Bahnhof unter die Erde zu legen. In den städtischen Krankenhäusern Stuttgarts hat die private Firma Sana seit einigen Jahren das Management übernommen und in dieser Zeit durch massive Einsparungen Arbeitsplätze vernichtet, die Gesundheitsversorgung verschlechtert und selbst dabei Millionenprofite gemacht. Insgesamt wurden bei Stadtverwaltung und Krankenhäusern schon über 2000 Stellen gestrichen. „Privatisierung und Stellenabbau gehen zu Lasten der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und aller arbeitender und arbeitsloser Menschen. Deshalb müssen wir uns gemeinsam gegen die

Privatisierungspolitik der etablierten Parteien zur Wehr setzen“, so Dieter Janßen, Personalratsvorsitzender am Bürgerhospital und SAV-Kandidat auf der Liste der IDL.

Ein weiterer Schwerpunkt war für uns die Mobilisierung zur Demonstration gegen die Bundeszentrale der faschistischen NPD, zu der wir mit 3000 Flugblättern und Plakaten mobilisiert haben. Auf der Demo haben wir unser Material angeboten und sowohl die IDL als auch die SAV haben eine Rede gehalten.

Sozialistische Alternative diskutiert

Über unsere Plakate haben wir Forderungen nach Nulltarif im Nahverkehr, für ein kostenloses Frauen-Nacht-Taxi und für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich bekannt gemacht. Es ist uns gelungen, sozialistische Ideen in die Diskussion zu bringen und konkrete Alternativen zur etablierten Politik aufzuzeigen. An Infotischen, vor Schulen, Betrieben und dem Arbeitsamt haben wir mit den Menschen diskutiert, Kommunalwahlprogramme verkauft und Flugblätter verteilt. Dabei haben uns immer wieder Leute auf unsere Forderungen angesprochen und wollten darüber diskutieren.

Insgesamt sind 17 Listen angetreten, so viele wie nie zuvor. Darunter auch einige, die sich als Oppositions- oder Protestgruppierungen präsentierten oder von den Medien so dargestellt wurden. Die IDL hatte dagegen mit einem weitgehenden Medienboykott zu kämpfen. Wohl auch weil es die einzige Liste war, die mit konsequent sozialistischen Positionen aufgetreten ist.

Unter diesen Umständen entspricht das Ergebnis von 0,3 Prozent unseren Erwartungen. Der Wahlkampf war ein Erfolg.

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI - Committee for a Workers' International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E9 5QX, GB, Tel.: 0044/181/533 0201 Fax : 0044/181/985 0757 E-Mail: inter@dircon.co.uk website: http://www.clubi.ie/dojo/cwi/inde



Nazi-Terror Stopp

Die Nazis machen auf sozial. „Nicht der arbeitende Mensch darf als Ausbeutungsobjekt für das Kapital da sein, sondern das Kapital muß der Arbeit und dem arbeitenden Menschen dienen.“, so die NPD in einem Flugblatt. Auf Aufklebern verstieg sie sich sogar zu dem Spruch „Gegen System und Kapital!“.

Aber der Antikapitalismus der Nazis ist nicht echt. Von den Azubis erwartet die JN (Jugendorganisation der NPD), daß sie „zugleich den Erfordernissen des harten beruflichen und wirtschaftlichen Wettbewerbs Rechnung tragen“.

Immer wieder beschwören die NPD-Nazis die „nationale Solidarität“ und die „Volksgemeinschaft“. Damit soll nur der Interessengegensatz zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern verschleiert werden. Diese Ideologie nützt den Unternehmern. Die „Volksgemeinschaft“ gab es schon einmal. In Hitlerdeutschland sei der Klassenkampf vorbei, brüllten die Nazis.

In Wirklichkeit gab es eine Klassenherrschaft so krass wie noch nie. Das „Führerprinzip“ hieß, daß jeder Firmenchef ein kleiner Hitler wurde. Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ von 1934 regelte die absolute Unterwerfung der Beschäftigten unter die Kapitalisten: „1) Im Betriebe arbeiten die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft... 2) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten...“. Die Unternehmer konnten sich mehr als zuvor auf Kosten der Arbeiter bereichern. Zwischen 1932 und 1938 stieg der Anteil der Kapitalisten am Volkseinkommen von 17,4 Prozent auf 26,6 Prozent.

Feinde der Arbeiter

Die Faschisten von damals und heute waren noch nie Freunde der Arbeiter und Angestellten. Im Gegenteil sind sie immer die Feinde jeder Selbstorganisation von ArbeiterInnen gewesen. Nachdem Hitler den 1. Mai 1933 als „Tag der Arbeit“ begehen ließ, stürmten die Horden der SA und SS am 2. Mai die Gewerkschaftshäuser und zerschlugen die Gewerkschaften ebenso gewaltsam wie vorher die SPD und die KPD. Die Beschäftigungspolitik der Nazis war nur durch die Aussicht auf einen erfolgreichen Krieg möglich. Propagandaminister Goebbels schrieb selbst: „Es gehört zu den genialen Handlungen des Führers, daß er mit den Arbeiten für KdF (Kraft durch Freude) und Autostraßenbau

dem Volk gegenüber ein friedliches Aufbauprogramm entwickelte, in Wirklichkeit aber in höchstem Grade mit Vorsatz für den kommenden Krieg rüstete.“ Der Krieg war der Versuch einen großen Teil der Welt mit militärischen Mittel für das deutsche Kapital zu erobern. Millionen Arbeiter wurden zu Kanonenfutter und verloren ihr Leben.

Wachsende Bedrohung

Heute sind die Nazis noch weit davon entfernt, eine Massenbewegung wie Anfang der Dreißiger zu sein. Aber sie haben sich in den letzten 10 Jahren erheblich aufbauen und festigen können. Insbesondere im Osten hatten sie Erfolge auf Wahlebene (besonders die DVU) wie auch organisatorisch. So hat die NPD allein in Sachsen mittlerweile ca. 2000 Mitglieder. Der Terror gegen ImmigrantInnen, Linke und alles, was den Faschisten nicht paßt, nimmt zu und wird immer militanter.

Viele sehen die Ursachen alleinig darin, daß die Perspektiven im Osten gerade auch für viele Jugendliche ziemlich hoffnungslos sind. Aber faschistische Einstellungen kommen nicht automatisch durch eine miserable soziale Lage zustande. Die führt zunächst nur dazu, daß mehr und mehr Leute Alternativen suchen. Daß dabei immer mehr bei den Faschisten landen, hat v.a. mit folgenden Dingen zu tun. Vorneweg die CDU/CSU und hinterdrein die SPD haben seit 10 Jahren eine rassistische Kampagne sondergleichen gefahren. Der vorläufig letzte Höhepunkt war die Unterschriftensammlung von CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, die auch von NPD, DVU und Reps unterstützt wurde. All das hat ein Klima geschaffen, in dem rassistische Übergriffe gediehen sind.

Gleichzeitig versagen die PDS und die Gewerkschaften bei der Verteidigung von Arbeitnehmerinteressen. Zum einen trägt die PDS in Ostdeutschland in etlichen Fällen Kürzungspolitik zu Lasten von Jugendlichen und Beschäftigten mit. Die Gewerkschaftsführung kungelt im sogenannten Bündnis für Arbeit mit den Bossen. Sie vermeidet es, klipp und klar zu sagen, daß die Unternehmer und nicht die ausländischen Kollegen für die Vernichtung von Arbeitsplätzen verantwortlich sind. Weder PDS noch Gewerkschaften organisieren breiten Widerstand gegen die Nazis. Als die Faschisten am 1. Mai vergangen Jahres in Leipzig aufmarschierten, demonstrierte der DGB mehrere Kilometer entfernt von ihnen. Würden PDS und Gewerkschaften heute politisch und organisatorisch mit aller Kraft Mitglieder und Jugendliche zum Kampf gegen die Nazis mobilisieren, könnten die Nazis nicht mehr öffentlich ihre Hetze verbreiten.

Gemeinsamer Kampf

Deutsche und Nicht-Deutsche müssen sich gemeinsam gegen Arbeitsplatzvernichtung und gegen Sozialabbau wehren. Und gemeinsam müssen die Nazis bekämpft, ihre Aufmärsche und Veranstaltungen verhindert werden. Ansonsten wächst ihr Selbstbewußtsein weiter und das heißt weitere Nazi-Propaganda sowie Terror gegen ImmigrantInnen und Linke.

Gleichzeitig ist der Aufbau einer kämpferischen Alternative notwendig, die mit dem gesamten Schrott des Kapitalismus Schluß macht, egal ob Armut, Perspektivlosigkeit oder Rassismus. Der gemeinsame Kampf für eine wirklich sozialistische Gesellschaft, in der Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und materielle Not beseitigt sind, ist auf Dauer auch der beste Schlag gegen die Nazis und ihren „volksgemeinschaftlichen“ Kapitalismus.

Ingmar, Dresden



Naziüberfälle in Berlin

Anfang Juli wurde ein Jugendlicher auf dem Alexanderplatz in Berlin nach einem Wortgefecht von Neonazis verprügelt. Am nächsten Morgen war er tot. Offizielle Todesursache: Herzstillstand. Seine Mutter wies auf den Übergriff der Nazis am Abend zuvor hin. Eine Obduktion wurde dennoch nicht durchgeführt. Am 26.7.99 wurde ein Punk von vier rechten Bauarbeitern nach einem Streit am S-Bahnhof Greifswalder Straße vor eine Bahn gestoßen. Mittlerweile ist er aus dem Koma erwacht und hat „lediglich“ einen Arm und ein Bein verloren. Trotz Augenzeugenberichten, (Strassenzzeitung, Aug. '99, „Gegendarstellung“), ignorierte die Polizei die politische Motivation dieses versuchten Mordes. Die Presse verdrehte den Sachverhalt und suchte die Schuld bei den Punks. Am 27.7.99 wurde ein Punk in der Proskauer Straße in Berlin von Faschisten zusammengeschlagen. Möglicherweise wird er querschnittsgelähmt bleiben. Auch in diesem Fall bemüht sich die Polizei allem Anschein nicht um Aufklärung. In der Nacht vom 5.10. auf den 6.10.99 wurde eine 25jährige Frau aus Prenzlauer Berg in einem S-Bahn-Waggon

in Pankow von zwei rechten Skins attackiert. Sie schrien „Heil Hitler“, demolierten ihr Fahrrad mit einem Baseballschläger und warfen es aus dem fahrenden Zug. Die 16- und 18jährigen zertraten ihre Brille und schlugen und traten sie mehrmals ins Gesicht. Am S-Bahnhof Bornholmer Straße konnte sie sich retten und die Bahnhofspolizei alarmieren. Die Qualität der Übergriffe hat sich in den letzten Monaten verändert und immer öfter geht es für die Opfer um Leben und Tod.

Leonie, Berlin

Wofür wir kämpfen

- Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, antifaschistische Bewegung, Immigranten-Organisationen und linke Parteien
- Keine Plattform für Faschisten in den Medien
- Keine Vermietung öffentlicher Räume an faschistische Organisationen
- Gemeinsamer Kampf von Deutschen und Nicht-Deutschen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau

Werde Mitglied der SAV Abonniere die VORAN

- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- ich möchte Mitglied der SAV werden.
- ich möchte die VORAN abonnieren (Zehn Ausgaben für DM 25,-)

Name, Adresse, Telefon

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln